

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 17./Dezember 1958

Blatt 2587

## Wiener Schüler helfen den Besuchern der Tagesheimstätten

=====

17. Dezember (RK) Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien hat für den heurigen Winter abermals einen weiteren Ausbau der Tagesheimstätten für alte Leute durchgeführt. Es sind jetzt 71 solcher Heime für Gemeinde- und Sozialrentner täglich, mit Ausnahme von Sonntag, von 13 bis 19 Uhr geöffnet. Sie werden von rund 6.000 Personen besucht. Nun haben Schüler der höheren Klassen für die Tagesheimstätten verschiedene Spiele und Gebrauchsgegenstände angefertigt und den Tagesheimstätten zur Verfügung gestellt. Nicht weniger als 514 Schach-, Halma- und andere Gesellschaftsspiele sowie 123 Tischkegelspiele, 85 Dominospiele wurden nunmehr den Tagesheimstätten von den Schülern übermittelt, ebenso Zeitungsständer, Tischlampen, Aschenbecher, Zeitungshälter und verschiedene Weihnachtsdekorationen.

Vizebürgermeister Honay, der in einer Reihe von Tagesheimstätten an der Überreichung dieser Geschenke teilgenommen hat, würdigte diese soziale Einstellung der Schuljugend und sprach allen, die mitgewirkt haben den alten Leuten zu helfen, den Dank der Stadtverwaltung aus.

- - -

Wieder ein neues Stadtviertel in Floridsdorf  
 =====

Zwei neue Wohnhausanlagen mit 425 Wohnungen - Baukosten 50 Mill.

17. Dezember (RK) Wieder wird von der Gemeinde Wien eine neue moderne kleine Stadt gebaut. Auf dem 37.700 Quadratmeter großen Gelände zwischen Prager Straße - Dunantgasse und Tetmajergasse, wo sich jetzt mehrere hässliche Holzlagerplätze befinden, sollen 19 Häuser errichtet werden. Um zwei neunstöckige Punkthäuser werden sich 13 freistehende dreistöckige Häuser und vier ebenerdige, als "Heimstätten für alte Leute" bestimmte Häuser lose gruppieren. Dazu kommen noch ein ins Grün gebettetes ebenerdiges Gebäude für die Unterbringung eines Kinderhortes, und, an der Einmündung der Tetmajergasse in die Prager Straße, ein Ladenhaus und ein Gemeinschaftshaus.

336 Wohnungen aller Größen mit besserer Ausstattung wird dieses neue Stadtviertel in sich bergen. Stadtrat Heller hat dem Wiener Stadtsenat die Entwürfe und die Kosten vorgelegt. Stadtrat Lakowitsch referierte über die dazugehörige Baubewilligung. Die Architekten der neuen großen städtischen Wohnhausanlage in Floridsdorf sind: Otto Frank, Elisabeth Gottwald, Dr. Fritz Kastner, Edith Matzalik, Friedrich Pangratz, Willi Reichl, Hans Riedl und Norbert Schlesinger.

Die Kosten werden mit 40,775.000 Schilling angenommen. Der Wiener Gemeinderat wird sich noch vor den Feiertagen mit diesem Projekt beschäftigen. Wenn er zustimmt, wird sofort mit den Arbeiten begonnen werden.

Eine zweite Wohnhausanlage mit 89 Wohnungen und einem Geschäftslokal wird im 3. Bezirk, Eslarngasse - Marilaungasse, gebaut. Einige alte Häuser, die dort standen, sind bereits abgebrochen worden. Architekt Hanns Hilscher hat unter der Mitarbeit von Dr. Ing. H. Leitner die Pläne für fünf fünfstöckige Häuser ausgearbeitet. Auch hier ist hinsichtlich Fußböden, Wandverfliesung, Baderaumeinrichtungen etc. die bessere Ausstattung vorgesehen. Die Kosten werden mit zehn Millionen Schilling angenommen.

Beide Projekte zusammen umfassen 425 Wohnungen, einen Kinderhort und diverse Geschäftslokale. Die Gesamtbaukosten betragen mehr als 50 Millionen Schilling.

88 Vorschläge beim Wettbewerb Per Albin Hansson-Siedlung-Nord  
=====

Massenbeteiligung der Architektenschaft bei einer interessanten  
städtebaulichen Aufgabe

17. Dezember (RK) Die Gemeinde Wien hat bekanntlich einen Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen über die Bebauung des Gebietes nördlich der Per Albin Hansson-Siedlung in Favoriten ausgeschrieben. Dort soll einmal ein Wohnviertel für etwa 1.500 Menschen mit einem eigenen gesellschaftlichen Zentrum entstehen.

Letzten Samstag war Abgabetermin. Wie die "Rathaus-Korrespondenz" von Stadtrat Heller erfährt, haben sich an dem Wettbewerb außergewöhnlich viele österreichische Architekten beteiligt. Nicht weniger als 88 Bebauungsvorschläge und Modelle sind eingereicht worden, die in nächster Zeit von der Jury begutachtet werden müssen.

Es ist dies in Wien seit vielen Jahren die größte Beteiligung an einem Wettbewerb dieser Art und zeugt von der erfreulich starken Anteilnahme der Architektenschaft für neue, bessere Wege im sozialen Städtebau.

Mit der Bekanntgabe der Wettbewerbsergebnisse kann Mitte Jänner gerechnet werden.

- - -

Musik vom Rathausurm zu Weihnachten und zu Silvester  
=====

17. Dezember (RK) Am 24. Dezember um 18 Uhr werden auf dem Carillon des Wiener Rathauses durch etwa zehn Minuten Weihnachtslieder, gespielt von Kapellmeister Angerer, zu hören sein.

Am 31. Dezember von 18 Uhr bis 18.30 Uhr findet das traditionelle Turmblasen, ausgeführt vom Trompeterchor der Stadt Wien, statt. Während der letzten zehn Minuten des alten Jahres wird wiederum Musik auf dem Carillon erklingen, das auch die zwölf Glockenschläge um Mitternacht vermitteln wird.

- - -

Personalmeldungen

17. Dezember (RK) Anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand hat der Wiener Stadtsenat den Senatsräten Dr. Arthur Breymann, Dr. Johann Scharnagl und Dr. Ernst Schönbauer, dem ärztlichen Abteilungsvorstand Dr. Arwed Berg und dem Oberamtsrat Franz Stiegelbauer Dank und volle Anerkennung ausgesprochen.

Aus dem gleichen Anlaß wurde den Senatsräten Karl Ruhm und Dr. Dipl.-Ing. Leopold Sulke der Titel Vizedirektor der Elektrizitätswerke verliehen.

Ebenfalls wegen Versetzung in den dauernden Ruhestand hat der Wiener Stadtsenat dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Otto Scholz, dem Oberamtsrat Adolf Hejduk, dem Amtsrat Josef Lokvenc und dem Technischen Amtsrat Ing. Rudolf Schaffer Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Dem Oberstadtbaurat i.R. Dipl.-Ing. Martin Waditschatka wurde der Titel Senatsrat verliehen. Der Magistratsrat Dr. Franz Zechmayer wurde zum Obermagistratsrat ernannt.

Den Amtsräten Otto Bergmann und Ferdinand Feigl wurde der Titel Oberamtsrat verliehen.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus  
=====Geschäftsgruppe III: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

17. Dezember (RK) Heute früh, um 9 Uhr, setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Verhandlungen über den Voranschlag der Stadt Wien für 1959 fort.

Stadtrat Mandl (SPÖ), referierte über die Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. Einleitend sprach der Redner seine Freude darüber aus, daß er zum zehnten Mal in diesem Hause den Voranschlag seiner Geschäftsgruppe referieren darf. Diese Tatsache verleite ihn dazu, auf die Entwicklung der letzten Jahre Rückschau zu halten und zu prüfen, ob sie eine fruchtbare war. Schon aus dem Vergleich einiger Zahlen sehe man die immer größere Bedeutung, die die Stadtverwaltung neben der Sorge um das materielle Wohl ihrer Bürger, auch dem geistigen, kulturellen und künstlerischen Sektor beimißt. So hat das Kulturbudget des Jahres 1950 die runde Summe von 12,9 Millionen Schilling ausgemacht. Die Beträge, die für das kommende Jahr veranschlagt wurden, machen 153,5 Millionen Schilling aus. Für das Schulwesen wurden 1950 51 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, im nächsten Jahr werden für den gleichen Zweck 181,5 Millionen vorhanden sein. Das Gesamtbudget der Geschäftsgruppe III hat also für das Jahr 1959 die beträchtliche Summe von 334,876.100 Schilling erreicht und liegt damit um rund 28,5 Millionen höher als der Voranschlag für das Jahr 1958.

Bei der Behandlung dieses Bereiches ist aber nie das Geld allein ausschlaggebend, wenn es auch die Basis einer fruchtbaren, kulturellen Tätigkeit ist. Es gehört dazu außerdem viel Einfühlungsvermögen, viel behutsame Pflege des Vorhandenen, das Beachten und Betreuen aller geistigen Strömungen, eine mitunter auch kompromißlose Haltung im Streit um den Fortschritt. Dem Arbeitsteam des Kulturamtes der Stadt Wien ist aber bei dieser gewiß nicht leichten Aufgabe manches gelungen.

Auch im kommenden Jahr wird weiter für das Erhalten und Bewahren der großen, uns von der Vergangenheit übermittelten Kulturwerte gearbeitet werden. Gefördert soll alles werden, was an wertvoller geistiger Potenz in unserer Gegenwart wirkt, strebt und sich zu entwickeln sucht und das uns alle für die großen Aufgaben unserer Stadt in der Zukunft reif machen soll. Denn Wien ist nicht nur eine Stadt mit einer großen Vergangenheit. Vor Wien liegt eine ganz große Zukunft im Spiel der Nationen des europäischen Reiches.

Zur Erhaltung der historischen Bauwerke sind im Voranschlag 1,370.000 Schilling veranschlagt. Es ist die sechste Bau-rate für die Renovierung des Stephansdomes mit 300.000 Schilling enthalten, ferner 500.000 Schilling als erste Rate zur Errichtung einer Dombauhütte für St. Stephan, 300.000 Schilling für die evangelische Kirche und die Fertigstellung der evangelischen Schule auf dem Karlsplatz. Die Umfriedungsmauer und die Instandsetzung des Gräberhaines auf dem St. Marxer Friedhof wird 250.000 Schilling erfordern, die Renovierung des Wehrturmes auf dem Leopoldsberg 200.000 Schilling. Dieser Wehrturm wurde gemeinsam mit dem Nasenweg in diesem Jahre gekauft und in das öffentliche Gut übernommen. Zur Instandsetzung der Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof wurden als dritte Rate 50.000 Schilling eingesetzt, für die Instandsetzung des Donner-Brunnens und die Wiederherstellung des Otto Wagner-Denkmales 165.000 Schilling.

Die Stadtbibliothek, die drittgrößte Bibliothek Wiens, wird im kommenden Jahr ihren letzten Depotraum modernisieren können.

Der Umbau des aufgelassenen Schulhauses 7, Kandlgasse, zum Zentraldepot des Archives der Stadt Wien schreitet gut fort. Die zur Verfügung gestellten 3,5 Millionen Schilling werden die Fertigstellung im Jahre 1959 ermöglichen.

Der Bau des Museums der Stadt Wien ist abgeschlossen. Das Museum wird am 24. April kommenden Jahres anlässlich des Geburtstages unseres verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner eröffnet werden, zu dessen 80. Geburtstag es der Wiener Gemeinderat widmete. Stadtrat Mandl stellt fest, daß das Museum eine derart vollkommene technische Ausstattung hat, wie keines auf der Welt. Diese Tatsache konnte er anlässlich seiner Studienfahrt durch die USA feststellen.

Bedeutende Mittel werden auch für Zwecke der Förderung von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung zur Verfügung gestellt.

Einige Zahlen sollen eine Übersicht geben, welche Mittel die Stadt Wien im Jahre 1958 aus dem Budget, aus der Vergnügungssteuer und aus den Mitteln des Kulturroschens an einige Sparten ausgeworfen hat. So wurden u.a. 5,5 Millionen der Bildenden Kunst zur Verfügung gestellt, 440.000 Schilling für die Förderung der Literatur aufgewendet, 6,2 Millionen für Musik, 6,3 Millionen für Theater, 2 Millionen für die Volksbildung, 780.000 Schilling für Wissenschaftspflege und 1,1 Millionen für den Film. Für die Wiener Festwochen wurden 3,5 Millionen Schilling aufgewendet, für das Jugendabonnement eine Million und für das Jugendfilmabonnement 250.000 Schilling. Darüber hinaus waren bedeutende Mittel für die eigenen Institute wie Bibliotheken, Musiklehranstalten usw. erforderlich. Große Zuwendungen erhalten auch die beiden Konzerthäuser. Mit erheblichen Beträgen werden die Wiener Symphoniker unterstützt. Dieses Orchester könnte ohne die Hilfe der Stadt Wien nicht existieren. Auch die Arkadenhofkonzerte, die Palaiskonzerte, die Serenaden an historischen Stätten, die musikalischen Darbietungen in den öffentlichen Parkanlagen erfreuen sich steigender Beliebtheit.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien, für die im Budget 1959 rund 9 Millionen ausgeworfen sind, führen in diesem Schuljahr neben dem Konservatorium mit 701 Schülern 13 Musikschulen mit 1.638 Schülern und die Kindersingschule mit 5.601 Kindern. Dem verdienstvollen Leiter und seinen Lehrern muß für die geleistete Arbeit herzlichst gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Auch den Theatern wurde materiell und ideell geholfen. Erstmals wurde heuer die neu geschaffene Josef Kainz-Medaille vergeben. Großes Augenmerk hat die Stadt Wien auch der Förderung der Bildenden Kunst zugewendet. Der Redner stellt mit Freude fest, daß in unserer Stadt eine Künstlergeneration heranwächst, deren beste Exponenten sich mit viel Erfolg auch in internationalen Bewerben bewähren. Zu begrüßen ist, daß Wien im Zusammenwirken von Bund und Stadt endlich eine moderne Galerie erhalten soll. Sehr groß war der Erfolg der Van Gogh-Ausstellung, die von 132.000 zahlenden Besuchern gesehen wurde und einen Reingewinn von 41.600 Schilling erzielte.

Diese Summe wird für die im kommenden Jahr stattfindende große Edvard Munch-Ausstellung verwendet werden.

Die Stadtverwaltung ist auch bemüht den Lyrikern zu helfen, denn gerade diese Sparte der Dichtkunst ist für die Pflege des Wortes von wesentlichster Bedeutung. Der Preis der Stadt Wien für das beste Jugendbuch des Jahres ist ein wertvoller Helfer im Kampf gegen die Schundliteratur. Einen sehr wesentlichen Anteil an der Propagierung des guten Buches haben die städtischen Büchereien, für die im Budget 1959 9,6 Millionen Schilling veranschlagt sind. Sehr bewährt hat sich der städtische Bücherei-Autobus. Er hat bereits über 1.300 eingeschriebene Leser. Die städtischen Büchereien versorgen derzeit 50.599 Leser, das bedeutet gegenüber 1950 eine Verdoppelung bei gleichem Personalstand. Zu erwähnen sind auch noch die Verleihung der Stipendien, die Vergebung der außerordentlichen Zuwendungen, die Würdigungs- und Förderungspreise der Stadt Wien, die Ehrungen verdienter Mitbürger, die Auszeichnung durch die Renner-Preise, die Subventionierung des Notringes und der Akademie der Wissenschaften, der Plakatwettbewerb, die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die Dichterlesungen usw.

Über die Förderung des Sportes sagte Stadtrat Mandl, daß 71 Sportplätze mit einem Gesamtflächenausmaß von rund 2,1 Millionen Quadratmeter den Wiener Sportvereinen gegen Entrichtung einer Anerkennungsgebühr zur Verfügung stehen. Mit dem Ertragnis des Sportgroschens von 1,5 Millionen konnten in diesem Jahr Subventionsansuchen positiv erledigt werden. Unserer Jugend stehen 52 Jugendspielplätze in Gesamtausmaß von 300.000 Quadratmeter zur kostenlosen Verfügung. Der Zeitplan für den Ausbau des Stadions wird genau eingehalten. Der 3. Ring ist zu 72 Prozent fertig und wird 1959 programmgemäß geschlossen.

Die Wiener Stadthalle konnte programmgemäß am 21. Juni eröffnet werden. Ich glaube, es gibt heute keinen Wiener mehr, der nicht auf dieses grandiose Bauwerk stolz ist. Die Stadthalle hat in der kurzen Zeit ihres Bestandes die in sie gesetzten Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllt. In der Zeit von 1. Oktober 1957 bis 30. November 1958 fanden dort 379 öffentliche Veranstaltungen statt, und zwar: 261 Sportveranstaltungen, 32 Kongresse und Tagungen,

30 Kulturveranstaltungen, 25 Unterhaltungsveranstaltungen und Bälle, 16 religiöse Veranstaltungen, 6 lokale Veranstaltungen, 5 Ausstellungen und 4 politische Kundgebungen. Im gleichen Zeitraum wurden 8.657 Trainingsstunden abgehalten, an denen sich 78.059 Aktive aus 22 Sportzweigen beteiligten. Die Halle wurde bis 30. November 1958 von insgesamt 704.254 Personen frequentiert. An 1.801 Führungen haben 94.365 Gäste aus dem In- und Ausland teilgenommen. Im Februar kann die Stadthalle den millionsten Besucher erwarten.

Auf der Rubrik "Körpersport" findet man erstmalig eine Post "Olympiade". An Mitbewerbern sind die Städte Tokio, Detroit und im letzten Moment noch Brüssel aufgetreten. Samstag ist in Wien Herr Mohammed Taher als Experte des Internationalen Komitees eingetroffen, um sich über die Situation in Wien zu orientieren und die Möglichkeiten der Abhaltung der Olympiade zu überprüfen.

Herr Taher war Montag beim Bürgermeister, und ich werde Freitag Gelegenheit haben, alle Probleme mit ihm zu besprechen. Wir begrüßen ihn sehr herzlich in den Mauern unserer Stadt! (Beifall.)

Ich glaube, dem geschätzten Vertreter des Internationalen Olympischen Komitees auch im Namen des Wiener Gemeinderates versprechen zu können, daß wir, falls die Entscheidung im Jahr 1959 zu unseren Gunsten ausfallen sollte, alles tun werden, um die großartige Veranstaltung klaglos ablaufen zu lassen und ihr einen würdigen, glanzvollen Rahmen geben werden. (Beifall.)

Hierauf gab Stadtrat Mandl einen Überblick über die Situation bei den Pflichtschulen. 335 Volks-, Haupt- und Sonderschulen sind in 270 Schulgebäuden untergebracht. 14 städtische Schulgebäude und 58 Klassenzimmer sind außerdem dem Bund für Mittelschulen überlassen. Im Schuljahr 1957/58 hatten wir 3.409 Klassen mit 102.195 Schülern. In diesem Schuljahr sind es 3.974 Klassen mit 92.926 Schülern. Die rückläufige Entwicklung hält leider an.

Wir beobachten die Entwicklung der Geburtenzahlen sehr genau und hoffen, daß eine Stabilisierung bei einer Schülerzahl von etwa 80.000 Kindern eintreten wird.

In der Zwischenzeit bemühen wir uns, das Bau- und Renovierungsprogramm fortzusetzen. Wir haben in diesem Jahr dafür 54,9 Millionen ausgegeben und werden 1959 68,1 Millionen zur Verfügung haben. Mit Berechtigung könne man sagen, daß noch nie so viel für Schul-erneuerung und Ausstattung der Schulen geschehen ist wie in den letzten Jahren seit dem Kriege.

Die Berufsschulen haben den Kulminationspunkt in der Entwicklung des Schulbesuches überschritten. Wir zählen in diesem Schuljahr 1.262 Klassen mit 42.987 Schülern, das sind um 1.946 Schüler weniger als im Vorjahr. Eine Stabilisierung dürfte sich nach Schätzung der Fachleute bei einer Schülerzahl von etwa 30.000 ergeben. Damit ist aber der Zeitpunkt gekommen, auch in dieser Sparte des Wiener Schulwesens eine Planung auf längere Sicht vorzunehmen. Viele Berufssparten sind in vollkommen unzulänglichen Schulgebäuden untergebracht.

Eine besondere Stellung im Schulwesen der Stadt Wien nimmt die Modeschule ein. Die 35 Lehrkräfte betreuen 273 Schülerinnen, von denen rund zwei Drittel aus Wien und ein Drittel aus den Bundesländern und dem Ausland kommen. Den ausgezeichneten Ruf der Schule beweist die Tatsache, daß 24 österreichische Textilfirmen und 18 Mode-Industriefirmen der Schule das gesamte Material für 213 Modelle kostenlos zur Verfügung stellten. Daß unsere Mädels in diesem Jahr wieder bei einem internationalen Wettbewerb um die Goldene Bayer-Schere einen ersten Preis erringen konnten, scheint schon fast selbstverständlich zu sein.

181,5 Millionen Schilling gibt die Stadt Wien für ihre Schulen aus. Dabei wurde aber noch gar nicht erwähnt, was rund um den eigentlichen Unterrichtsbetrieb an Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet wird. Jede Schule ist mit einem Schmalfilmgerät und einem Bildwerfer ausgestattet, jedes Wiener Kind besucht einmal im Jahr die Jugendkonzerte, und die Schulgalerien haben sich ausgezeichnet bewährt. Das Jugendabonnement absolviert heuer seine vierte Spielzeit. 21.000 junge Menschen haben Abonnements bezogen. 524.000 Besuche, darunter 363.000 Besuche von Theatervorstellungen, wurden absolviert. Es kann nun da oder dort einmal vorkommen, daß sich einige Burschen oder Mädels noch nicht so benehmen, wie wir dies wünschen.

Man darf aber deshalb nicht die Jugend in Bausch und Bogen verdammen (GR. Dr. Fiedler (ÖVP): Warum dann der Brief von Zechner?) StR. Mandl antwortet dem Zwischenrufer, daß der Stadtschulratspräsident selbstverständlich das Recht habe, sich um diese Dinge zu kümmern. Im übrigen aber möchte er darauf hinweisen, daß es auch in diesem Saale schon Szenen gegeben habe, die nicht gerade als vorbildlich bezeichnet werden können (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ). Es wird vielleicht auch interessieren, daß die Schulgemeinde der Berufsschulen eine Schule für gutes Benehmen gegründet hat, die im ersten Kurs 800 Teilnehmer zählt. Der Kursbeitrag beträgt 40 Schilling. Das Interesse ist so groß, daß ein zweiter Kurs eingerichtet werden muß, für den sich jetzt schon 1.100 Jugendliche gemeldet haben. Dies zeigt, daß im Großteil unserer Jugend ein starker Drang nach Bildung und Kultur vorhanden ist.

Wir fördern daher auch in immer stärkerem Maße die Arbeit unseres Landesjugendreferates. Ich habe Frau Dr. Rauser und ihre Mitarbeiter aufgefordert, sich einmal mit den jetzt in Wien an allen Ecken und Enden entstehenden, hunderten unkontrollierten Jugendklubs zu beschäftigen, vor allen mit jenen, die in diversen Beiseln noch immer entstehen. Da wird an die Jugendlichen ein neues Getränk serviert "Coca M" und es gehört in diesen Kreisen langsam zum guten Ton "Coca M"-Trinker zu werden. Coca M ist offen serviertes Coca-Cola, in das je nach Trinkfestigkeit des Jugendlichen mehr oder weniger Schnaps gegossen wird. Alkohol-exzesse sind in diesen Jugendklubs an der Tagesordnung. Was hier geschieht ist ein Verbrechen und ich hoffe, daß es den gemeinsamen Bemühungen aller zuständigen Stellen bald gelingen wird, mit den Verderbern unserer Jugend gründlich aufzuräumen. Es wäre sehr gut, wenn gerade jene, die am lautesten über die Verderbtheit unserer Jugend klagen, sich vor Augen halten wollten, daß ein Jugendlicher sich nicht selbst verderben kann, sondern von anderen verdorben wird und das sind meist die Erwachsenen!

Vor wenigen Tagen hat der Bürgermeister den Verband der Wiener Volksbildung den Renner-Preis verliehen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, wie sehr wir die Arbeit der Volksbildung schätzen. 3.363 Kurse, die von 72.993 Teilnehmern absolviert wurden, und 8.982 Einzelveranstaltungen, die 1,1 Millionen Besucher fanden, zeigen den außerordentlichen Reichtum volksbildender Darbietungen.

Wir haben für die Unterstützung der Wiener Volksbildungsvereine in diesem Jahr einen Betrag von zwei Millionen ausgegeben und werden auch im kommenden Jahr, wie bisher, unsere Hilfe nicht versagen. Wir sind in Zusammenarbeit mit den Volksbildnern dabei, ein Volksheim-Bauprogramm zu erstellen, dessen Realisierung im Laufe der nächsten Jahre erfolgen soll.

Es ist ein vielfarbiges Bild, das ich ausbreiten konnte und das die ungeheure Vielfältigkeit des geistigen Lebens dieser alten Kulturstadt an der Donau zeigt. Es wäre aber nicht vollständig, wenn es nicht auch die festliche Repräsentanz enthielt, mit der sich Wien alljährlich im Juni in seinen Festwochen darstellt. Wir veranstalten sie im kommenden Jahr zum neunten Male und haben das Programm im Rohentwurf fertig und mit dem Vorprospekt in aller Welt bekanntgegeben. Im Mittelpunkt steht das 9. Internationale Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft, das eine Fülle glanzvoller, musikalischer Veranstaltungen - es sind insgesamt 41 Konzerte - umfaßt. Das Eröffnungskonzert ist Joseph Haydn gewidmet, dessen 150. Todestag im kommenden Jahr begangen wird.

Es ist in den letzten Tagen verschiedentlich über die Wiener Festwochen, ihren Termin usw. diskutiert worden und erst Sonntag hat sich der bekannte Wiener Kritiker Otto Basil sehr ausführlich und kritisch mit der Programmierung der Festwochen 1959 beschäftigt. Ich danke ihm aufrichtig für seine offene, aber durchaus positive Kritik.

Auch mir paßt manches an der Programmgestaltung nicht und auch ich wünsche mir mehr Interesse und Anteilnahme, mehr Originalität und echte Bereitschaft mancher Institute, die eigentlich durch die

Statuten zu größeren Leistungen und entgegenkommenderer Planung verpflichtet wären. Aber, Patriotismus für Wien erfüllt nicht jedermanns Herz und so bleiben so lange manche Wünsche offen, solange die Organisationsform der Festwochen auf das Zusammenwirken aller vorhandenen Kräfte aufgebaut ist. Kann sein, daß wir eines Tages - wenn unser Bemühen vergebens bleibt - zu einer anderen Konstruktion der Festwochen-Organisation kommen.

Prof. Basil verlangt auch die starke große Persönlichkeit, die auf die Dauer für die Gestaltung des Programmes notwendig ist. Er weiß, daß ich seine Auffassung teile - darf ich ihn aber in aller Öffentlichkeit um Vorschläge bitten, Ich werde sie gerne aufgreifen.

Was nun die Vorschläge über Verschiebung des Termines der Wiener Festwochen betrifft, so muß man sich sehr gut überlegen, den nun seit neun Jahren eingeführten Junitermin zu verlegen. Die Festspieltermine sind international so verschachtelt, daß es schwer fallen würde, eine festspielfreie Zeit zu finden, die es auch ermöglicht, neben den Veranstaltungen in Sälen, solche im Freien durchzuführen.

Ich möchte Prof. Basil rechtgeben, wenn er meint, daß gerade die Wiener Festwochen keine Routine-Angelegenheit werden dürfen, und gerade ich war es, der immer wieder versuchte, sie abwechslungsreich und lebendig zu halten. So haben die Wiener Festwochen gerade in diesem Jahr eine neue Facette erhalten durch den Einbau des ersten Europagespräches in den Rahmen unseres festlichen Geschehens. Wenn die Stadt Wien in diesem Jahr den Europapreis des Straßburger Parlaments erhielt und Österreich vor wenigen Tagen den Erasmus-Preis zugesprochen wurde, so ist das sicherlich auch indirekt eine Anerkennung unserer sehr intensiven Aktivität um die europäische Integration, deren Höhepunkt eben dieses Europagespräch während der Wiener Festwochen war. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Wir haben nun für die Festwochen des Jahres 1959 das 2. Europagespräch vorgesehen und werden für diese Zeit zu einem "Rendezvous der jungen europäischen Parlamentarier" einladen. Es werden wieder die besten Namen der europäischen Parlamente vertreten sein, die Jungen von heute - die Minister von morgen.

In Jahre 1960 werden wir das Zehn-Jahr-Jubiläum der Wiener Festwochen in besonders feierlicher Form begehen.

1960 werden es auch fünf Jahre sein, daß die Außenminister der vier alliierten Mächte hier in Wien den Staatsvertrag unterzeichneten und die Truppen dieser Mächte nach 10jähriger Anwesenheit das nun frei gewordene Land verließen.

Ich glaube, diese Häufung von Gedenktagen könnte Anlaß sein, einen schon einmal zurückgestellten Programm-Wunsch wieder aufleben zu lassen und ich möchte diese Gelegenheit benützen, um als zuständiger Stadtrat und als Vorsitzender des Festwochenkuratoriums die Vertretungen der vier Mächte in aller Form und Höflichkeit einzuladen, nun als liebe Gäste an der Gestaltung unserer Jubiläumsfestwochen 1960 mitzuwirken (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Wir planen für das Jahr 1960 auch die erste große Stagione in der Wiener Stadthalle, die vor allem für unsere Wiener gestaltet werden und der Dank an unsere Bezirke sein soll für die Treue und die Opferbereitschaft, die sie unserer Idee von den "Festspielen des armen Jedermann" entgegenbrachten.

Zum Abschluß seines Berichtes dankte Stadtrat Mandl allen seinen Mitarbeitern. Jeder einzelne hat getan, was in seinen Kräften stand, um den Geist dieser Stadt zu erhalten und zu pflegen. Ich weiß, daß jeder von uns stolz auf den Weg ist, den er vom Trümmerhaufen gehen konnte, der diese Stadt 1945 noch war, zur Weltstadt, die sie heute geworden ist! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

#### Die Kulturdebatte

Ga. Lauscher (VO) befaßte sich einleitend mit dem Thema Schmutz und Schund und sagte im wesentlichen: Unsere Jugend ist nun schon seit zehn Jahren dem verderblichen Einfluß der Schundfilme und Schundhefte preisgegeben. Die aus dem Ausland importierten Filme wurden eher schlechter, es handelt sich vielfach um verfilmte Mordpropaganda. Die Jugendkriminalität ist angestiegen, namhafte Persönlichkeiten haben zu diesem Thema gesprochen, trotzdem ist nichts wesentliches geschehen; das Übel wurde nicht an der Wurzel gefaßt. Die sogenannte freiwillige Film-Selbstkontrolle hat sich als Totgeburt erweisen. Leider habe der Referent zu diesem Thema kein Wort gefunden. Es wäre Aufgabe dieser Geschäftsgruppe, an der Spitze des Kampfes gegen Schmutz und Schund zu

stehen.

Mit einem Einfuhrverbot wäre es nicht getan, wenn das auch die entscheidendste Maßnahme darstellt. Hand in Hand damit müßten alle bestehenden Einrichtungen gefördert werden, die der Jugend die Möglichkeit geben, die Freizeit sinnvoll zu gestalten. Solche Einrichtungen sind u.a. das Abonnement für das Theater der Jugend, die Jugendkonzerte, der Buchklub der Jugend und vor allem kulturelle Jugendzentren.

Es müßte alles geschehen, um der Jugend mehr Sportmöglichkeiten zu schaffen. Der Bau der Stadthalle war eine große Leistung, wir begrüßen die Aufstockung des Stadions. Für die Jüngeren wird eine Reihe von eingezäunten Spielplätzen geschaffen, aber das kann nicht die Tatsache wettmachen, daß die Zahl der Wiener Sportplätze ständig abnimmt. Zu fordern ist der gesetzliche Schutz bestehender Sportplätze, der Bau neuer Sportplätze vor allem für die junge Generation, stärkere Förderung der Sportvereine aus dem ordentlichen Budget, Herabsetzung der Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen und gänzliche Befreiung aller Jugendsportveranstaltungen, rascheste Novellierung des Spiel- und Sportplatz-Schutzgesetzes und des Spiel- und Sportplatz-Anforderungsgesetzes.

Wissenschaft und Technik haben eine gewaltige Entwicklung genommen. Diesen neuen Erfordernissen trägt aber der Unterricht in unseren Pflichtschulen nur ungenügend Rechnung. Eine zweite großzügige Schulreform, zu der u.a. auch die Verstärkung des technischen und naturwissenschaftlichen Unterrichtes gehört, wäre dringend notwendig. Die Zeit verlangt eine intensivere Beschäftigung des Lehrers mit dem Schüler, weshalb eine Herabsetzung des Schülerschlüssels notwendig ist. Auch die Ausstattung der Lehrmittelzimmer entspricht nicht immer den Notwendigkeiten. Die Lehrkräfte werden zu viel mit "Greißlerarbeiten" belastet. Wie manches andere ist bisher auch die Schulreform ein Opfer der Koalition geworden.

Es ist bedauerlich, daß die Gemeindeverwaltung gegen die Vernachlässigung der Mittelschulen durch den Bund in Wien nicht energisch ankämpft.

Es scheint uns dringend notwendig, daß die Gemeindeverwaltung beim Bund energische Schritte unternimmt, um eine beschleunigte Verbesserung der Lage an den Wiener Mittelschulen durchzusetzen. Auf dem Gebiet der Berufsschulen ist die Lage nicht viel besser. Auch hier herrscht starke Raumnot, und die Erneuerung der technischen Ausrüstung der Lehrwerkstätten geht nur sehr langsam vorwärts. Auch über die Durchschnittszahl der Schüler an den Berufsschulen wird geklagt.

Das Europabuch, das den Schülertklassen gegeben wird, zeichne das Bild Europas ebenso verzerrt und einseitig wie das von Österreich. Europa wird am Eisernen Vorhang auseinandergeschnitten, man findet das Schlagwort vom kriegerischen und ausdehnungslustigen Sowjetkommunismus, das Buch macht offen Propaganda für NATO, Montanunion und die anderen Organisationen des Kalten Krieges. Dieses Buch sei nicht würdig, an unsere Jugend verteilt zu werden.

GR. Lauscher stellt abschließend fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen werde, da auf dem kulturellen Sektor viel geschehen ist. Sie hofft, daß ihre offenen Worte zu diesem Kapital auch verschiedene Anregungen gegeben haben, durch die noch manches verbessert werden könnte.

GR. Bittner (ÖVP) bezeichnet die Leistungen auf dem kulturellen Sektor während der letzten zehn Jahre als sehr erfreulich. Er möchte aber trotzdem noch einige Anregungen geben und, wo es notwendig ist, Kritik üben. So bezeichnet er den Prozentsatz des Kulturbudgets im Verhältnis zu dem, was für andere Zwecke ausgegeben wird, als zu gering. Der Redner wendet sich dann allgemeinen kulturellen Fragen zu. Er bezeichnet es als ein Gebot der Stunde, die Kulturpolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Kulturpolitik anzupassen. (Beifall bei der ÖVP.) Es müßten auch die religiösen Kräfte in der Kultur genügend berücksichtigt werden. Die Stadt Wien sei Erbe und Verwalter einer reichen Vergangenheit wie kaum eine andere Großstadt. Es gilt das unsterbliche Antlitz Wiens zu erhalten und der heutigen Generation zu erschließen. Das setzt allerdings ein eindeutiges Bekenntnis zur Vergangenheit voraus. Ebenso wichtig, wie das Vergangene zu erhalten, ist die Förderung des gegenwärtigen Schaffens. Es sei manchmal nicht möglich, das Förderungswürdige klar zu erkennen. Die Aufgabe der öffentlichen Kunstförderung wird es sein, zwischen Künstler und

Volk Kontakte herzustellen. Ein schönes Beispiel dieser Kunstförderung war die Van Gogh-Ausstellung. Hier gelang es, Menschen zur Kunst zu bringen, die bisher vielleicht niemals Gelegenheit hatten, Werke des 19. Jahrhunderts zu betrachten. Bei Ausstellungen der Gegenwartskunst sollte darauf geachtet werden, daß umstrittene Werke nicht öffentlich preisgegeben werden, sondern in Ausstellungen nur einem ausgesprochen kunstverständigen Publikum gezeigt werden.

Der Redner fordert neben der Förderung der städtischen Musikschulen auch die der privaten Lehranstalten, so vor allem des Konservatoriums Prayner. Zur glanzvolleren Gestaltung der Wiener Festwochen müßten neue Wege gefunden werden. Vielleicht könnte man musikalische und literarische Wettbewerbe veranstalten und mehr Freilichtaufführungen abhalten. Gefördert müßte vor allen Dingen das spezifisch Wienerische werden.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Ansätze für die Denkmalpflege. Er richtet die Anfrage an den Stadtrat, warum das Denkmal von Urban Loritz trotz der Fertigstellung des Platzes noch nicht aufgestellt worden ist. Begrüßenswert ist der Ausbau einer nicht mehr benützten Schule für das Archiv. Hier dürfte bei der Einrichtung nicht am falschen Platze gespart werden, damit die bedeutenden Bestände der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Der Redner ersucht sodann, bei der zeitmäßigen Vergebung der Sportplätze, Turnsäle und Schwimmhallen nicht nach politischen Gesichtspunkten vorzugehen. Es müßten auch neue Plätze angekauft werden. Im Zusammenhang mit dem sehr erfreulichen Stadionausbau wäre auch für die Instandsetzung des alten Teiles des Stadions zu sorgen, schon aus dem Grunde, weil sich die Stadt Wien um die Abhaltung der Olympischen Spiele beworben hat.

Der Redner stellt fest, daß sich die Berufsschulgebäude, im Gegensatz zur laufenden Instandsetzung der Pflichtschulen, in einem sehr schlechten Zustand befinden. Er beantragt die Schaffung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes.

Das von der Jugend sehr begrüßte Jugendabonnement der Stadt Wien bezeichnet der Redner als eine der positivsten Erscheinungen der Kulturförderung der letzten Jahre. Die Jugend sei heute zu ihrem überwiegenden Teil nicht besser oder schlechter als es frühere Generationen waren. (Allgemeiner Beifall.) Die Tätigkeit des Landesjugendreferates sei an sich sehr zu begrüßen. Doch dürfte die Gebarung dieses Referates anscheinend eine recht sorglose und selbstherrliche sein. Diesbezügliche Mängel habe das Kontrollamt der Stadt Wien aufgezeigt.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Verlag für Jugend und Volk, der der Gemeinde Wien gehört. Er meinte in diesem Zusammenhang, er könne trotz allem nicht verstehen, warum das Europa-Buch unbedingt im Ausland gedruckt werden mußte. Er war auch überrascht davon, wie schnell die erforderlichen 1,8 Millionen Schilling bewilligt wurden. Der Redner bemängelt die manchmal fühlende Koordinierung zwischen dem Verlag und der städtischen Schulverwaltung. Er hebt jedoch positiv hervor, daß der Verlag eine umsichtige und ordentliche Führung besitzt und ein gutes Betriebsklima aufzuweisen hat. Die Jugendbücher seiner Produktion sind vorbildlich und werden immer wieder mit Preisen ausgezeichnet.

Die Vergebung der Ehrenmedaille sei eine schwierige Frage. Der Redner regt eine eigene Medaille für Künstler und Wissenschaftler an. Bei den Ehrenpensionen müßte man die Ansätze erhöhen, aber auch eine rigorosere Auswahl treffen.

Leider gibt es noch immer eine ungleiche Behandlung der privaten und öffentlichen Kindergärten und Schulen. Es sei nicht einzusehen, daß sich eine demokratische Verwaltung dem auch in der UNO anerkannten Elternrecht verschließt.

Abschließend sagt GR. Bittner, er könne feststellen, daß im Kulturausschuß gute Zusammenarbeit besteht. Seine Partei werde sich auch in Zukunft bemühen, alles zu tun, was dem Ansehen dieser Stadt auf kulturellem Gebiet nützt und den Menschen zugute kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Konir (SPÖ) dankt zunächst GR. Bittner für seine Debattenrede. In dieser Art kann man, auch wenn man auf dem anderen Ufer steht, miteinander sprechen und sich auseinandersetzen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Redner beschäftigt sich dann mit grundsätzlichen Problemen und bemüht sich um eine Definierung des Begriffes Kultur. Man könne sagen, alles was unser Herrgott geschaffen hat ist Natur und alle Leistungen des Menschen seien dem Begriff Kultur zuzuordnen. Man könne aber auch unter Kultur die Pflege dessen verstehen, was der Mensch in irgendeiner Zeit Besonders auf geistigem, materiellem und künstlerischem Gebiet geschaffen hat. In diesem Fall sei es bemerkenswert, daß man nie von einer Kultur der Menschheit gesprochen habe. Es gibt die ägyptische Kultur mit den Pyramiden; wo aber sind die Zehntausende, die Steine geschleppt und gelitten haben? Wir reden vom Barock (Wien ist die Stadt des Barocks); er aber sehe manchmal nur die Kulturfassade. Dahinter sehe er jedoch die Dürftigkeit der Städte und das Elend der Millionen, die in dieser Zeit gelebt haben. Oder das Biedermeier: Er sehe aus der behaglichen Wohnung des Biedermeier hinaus in die Vorstädte, wie man damals draußen an der Peripherie gelebt hat.

Wenn wir jedoch heute von Kultur sprechen, so ist es erstmalig in der Geschichte der Menschheit, daß wir von der Kultur des Menschen reden können (Beifall bei der SPÖ). Es ist die Voraussetzung der Kultur, Zeit zu haben! Diese Zeit haben wir arbeitenden Menschen eigentlich nie gehabt. Die Sozialisten sind es gewesen, die gemeinsam mit den Gewerkschaftern den Menschen die Zeit erkämpft haben. Heute verfügt der Mensch über die Zeit, aber leider wissen viele oft nicht, was sie damit anfangen sollen. Hier hat nun die Gemeinde Wien unendlich viel geleistet. Es wird nicht viel Städte in Österreich oder in der Welt geben, die mehr für kulturelle Zwecke ausgeben als Wien. Immerhin könnte es noch mehr sein! Doch reden wir auch von der Unkultur, die uns hindert mehr zu tun. Zehn Prozent unseres Gesamteinkommens sind für Alkohol und Nikotin ausgegeben worden.

Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit dem Jugendproblem und meint, wenn unsere Jugend über die Stränge schlägt, so liegt das wohl in der Zeit, in der sie hineingewachsen ist, eine Zeit voll Lug, und Trug, und Verbrechen. Wir tun so, als ob unsere Erwachsenen in Ordnung wären. Wenn man aber über die Jugend klagt, dann muß man über die Erwachsenen genauso klagen. Sie sind dieser Jugend würdig. GR. Konir spricht dann über das schlechte Vorbild der Erwachsenen, wobei er besonders die ÖVP apostrophiert..

Er hält unter anderem der Gemeinderätin Hiltl vor, daß sie in der monarchistischen Bewegung gesprochen habe, obwohl sie den Eid auf die Republik leistete, und meint, hier trennten sich die Auffassungen über Kultur. Ihr Denken geht immer in die Vergangenheit, wir wollen in die Zukunft, in eine Welt, die Millionen Frieden, Freiheit und Wohlstand bringt!

Es ist etwas beschämend, daß alle über die Stadthalle gejubelt haben, deutsche und sogar amerikanische Zeitungen haben darüber geschrieben, lediglich eine Zeitung hat nur geschrieben: Arena ohne Parkplatz. Sie heißt: Neue Österreichische Tageszeitung. Kein Wort der Würdigung. Das ist auch nicht Koalitions gesinnung. So kann man auch nicht an der Verwaltung einer Stadt mitwirken.

Bei seiner Kritik an Schmutz und Schundfilmen verwechselt GR. Lauscher Ursache und Wirkung. Daß solche Filme überhaupt möglich sind, daß sie angesehen werden, ist nicht nur Schuld der Filmproduzenten, denn wenn die Menschen ein kulturelles Bewußtsein hätten, dann wären diese Kinos, in denen diese Filme aufgeführt werden, leer. Es geht nicht so sehr darum, ob man in einem Film einen Cowboy als positive Figur hinstellt. (Ruf bei der VO: Es geht um die Verbrecherfilme!) Es geht auch darum, ob man in einem Staat die Menschen zum Frieden erzieht, ob man ein menschliches Klima schafft, oder ob man 16jährigen Mädchen und Buben schon das Gewehr in die Hand drückt wie in Ungarn und Ostdeutschland.

In Europabuch ist eine ganze Reihe Fehler gemacht worden. Aber es war für uns einmal eine Möglichkeit, Europa an unsere Jugend heranzubringen. Wenn Herr GR. Lauscher sagt, daß darin vom Stacheldraht steht, dann steht er nicht allein in diesem Buch, sondern an der österreichischen Grenze. Freilich soll es ganz Europa sein. Aber die europäischen Staaten im Westen haben die Möglichkeit, über ihr Schicksal zu entscheiden, im Osten haben sie es nicht. Die Ungarn kämen zu Europa. Aber sie können es nicht, weil man es ihnen verbietet. Spricht nicht die Tatsache des Stacheldrahtes schon dafür, daß die Menschen dort keine Freiheit haben, daß sie unglücklich sind?

Sind hunderttausende Flüchtlinge aus Ungarn kein Beweis dafür?  
(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe bei der VO.)

Der Redner setzte sich hierauf für die europäische Integration ein und erklärte: Europa abzulehnen, heißt, unsere Menschen zu zwingen, bei dem jetzigen Lebensstandard zu bleiben. Der Widerstand ist begreiflich, denn je besser wir leben, umso gefährlicher wird unser Leben für den Osten; umso aufreizender wird es, wenn an der Grenze der zwei-, drei- und vierfache Lebensstandard von drüben erreicht wird.

GR. Konir schloß mit einem Dank an Stadtrat Mandl und seine Mitarbeiter im Kulturreferat, das dazu beigetragen hat, daß Wien zu einem Erlebnis für jeden Fremden wird! (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Mandl aus: Wir haben nie geleugnet, welche erzieherischen und Bildungswerte im Religiösen sind. Es ist immer nur die Frage, wie weit dieses Religiöse den einzelnen und die Allgemeinheit erfassen muß. Es ist nur zu begrüßen, daß sich in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Toleranz breit gemacht hat, die zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt.

Zu der Ansicht des GR. Bittner, man müsse die Kulturpolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Kulturpolitik anpassen, erklärte der Referent: Gerade darauf bin ich am meisten stolz. Niemand in diesem Hause kann behaupten, daß wir für unsere Subventionstätigkeit eine Gegenrechnung präsentieren. Aber man muß auch eine gewisse Konsequenz haben. Wenn kritisiert wird, daß die öffentliche Hand zu wenig Hilfe leistet, muß dem entgegengehalten werden, daß das etwas Gefährliches ist. Denn man muß sich klar sein, daß man für alles, was man genießt, auch zu zahlen hat, nicht immer in barer Münze, auch in Gegenleistung.

Dem Wunsch des GR. Leuscher nach stärkerer Förderung des Sports hielt er entgegen, daß Sportvereinigungen Grund überlassen wurde oder ihnen Plätze ohne eine nennenswerte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, was man alles berücksichtigen muß. Dem GR. Bittner hielt er vor, daß der ASKÖ 209 Turntage, die Union 161, die Allgemeinen Turnvereine 82 und sonstige Vereine 218 Turntage erhielten.

Die Kritik des Kontrollamtes in bezug auf das Landesjugendreferat hat sich nicht darauf bezogen, daß dort unordentliche Verhältnisse bestehen, sondern damit sollte aufgezeigt werden, daß es nicht in das normale Gefüge des Magistrates paßt. Wir sind dabei, Formen zu finden, die den Bedürfnissen sowohl des Referates als auch des Magistrates entsprechen. Die Jugendarbeit soll nicht bürokratisiert werden, und nichts wäre gefährlicher, als eine einheitliche Staatsjugend zu schaffen.

Projekte für die Neuschaffung von Sportplätzen werden vom Stadtplaner bereits ausgearbeitet.

Zur Kritik am Europabuch ist zu sagen, daß man auf keinen Fall sagen könne, daß dieses Buch unbrauchbar wäre. Die Kulturkommission des Europaparlamentes hat die Autoren ausgewählt und man muß annehmen, daß diese Menschen etwas von den Dingen wissen. Ein Wiener oder Österreicher sieht seine Stadt, bezw. sein Land eben anders als ein Engländer oder Franzose. Das wäre im umgekehrten Fall aber ebenso. Bei einer Neuauflage des Buches werden aber verschiedene Wünsche, es haben auch andere Länder solche, berücksichtigt werden.

Zur Forderung nach einer zweckentsprechenden Ausgestaltung des Archivs ist zu sagen, daß es eines der modernsten Bauwerke Österreichs auf diesem Gebiet sein wird. Die Schule wurde innen vollkommen ausgeräumt. Sie wird mit einer Stahlkonstruktion ausgestattet sein.

Auf dem Gebiete der Ehrungen kündigt Stadtrat Mandl die Schaffung einer Fürsorgemedaille an. Auf dem Sektor der Schulbücher mußte man 1945 ganz plötzlich neue Bücher herstellen. Man konnte erst später endgültiges und ordentliches Buchmaterial herstellen. Es ging den Ländern in dieser Beziehung genauso wie Wien.

Eine Planung bei den Berufsschulen ist sehr schwer. Vor neun Jahren gab es zum Beispiel 23.000 Berufsschüler, vor zwei Jahren waren es 45.000. Heute haben wir 42.000 Berufsschüler, wissen aber, daß künftig mit einem Stand von zirka 30.000 zu rechnen ist. Durch diese Schwankungen kam es dazu, daß für eine gewisse Zeit andere Schulgebäude für Zwecke der Berufsschulen herangezogen werden mußten. Es werden jedoch bereits Pläne für eine eventuelle Errichtung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes ausgearbeitet.

Auch der Ausstattung der Berufsschulen in technischer Hinsicht wurde großes Augenmerk zugewendet. Es ist jedoch nicht immer gut und wird auch nicht gewünscht, daß den Schülern bereits die modernsten, vollautomatischen Maschinen zur Verfügung stehen. In den Betrieben werden vielfach noch nicht die modernsten Maschinen verwendet, sodaß sich die jungen Menschen dann nur schwer an die einfachere Art der Arbeit gewöhnen könnten. Bezüglich des Essens werden Verhandlungen mit der WÖK geführt.

Zur Forderung des GR. Bittner, das Urban Loritz-Denkmal wieder aufzustellen, ist zu sagen, daß es sich hier um ein Denkmal handelt, das keine kulturelle Bedeutung hat. Es würde dem Stadtbild Wiens überhaupt gut tun, würde man noch verschiedene andere künstlerisch wertlose Denkmäler beseitigen.

Zur Kritik am prozentuellen Verhältnis des Kulturbudgets am Gesamtbudget der Stadtverwaltung, das mit 6.15 Prozent als zu gering bezeichnet wurde, muß man darauf verweisen, daß es beim Bund nur 4.2 Prozent sind. Sicher könnte man für die Kultur unserer Stadt bedeutend höhere Mittel brauchen, aber es müssen die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen aufeinander abgestimmt werden, damit eine gleichmäßige, gute und sichere Aufwärtsentwicklung in allen Zweigen unserer Stadt vor sich gehen kann. Schließlich wollen ja alle in diesem Hause die Bevölkerung unserer Stadt zu einer frohen und glücklichen Zukunft führen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung einstimmig angenommen. Der Antrag des GR. Bittner wurde einstimmig dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Bürgermeister Jonas in Rom  
=====

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas ist heute nach Rom geflogen, um an dem offiziellen Konsistorium anlässlich der Ernennung des Wiener Erzbischofs Dr. König zum Kardinal teilzunehmen.

- - -

Beileidschreiben des Bürgermeisters an Frau Moralt  
=====

17. Dezember (RK) Anlässlich des Ablebens von Prof. Rudolf Moralt richtete heute Bürgermeister Jonas an die Witwe des bekannten Dirigenten ein Beileidschreiben, in dem es unter anderem heißt:

"Professor Rudolf Moralt zählte zu den glänzendsten Erscheinungen im kulturellen Leben unserer Stadt. Er vereinigte in sich das reinste Künstlertum mit unbändiger Arbeitsfreude und tiefer Menschlichkeit zu einer Gestalt von seltener Größe. Die Stadt Wien hat mit Rudolf Moralt einen ihrer besten Bürger verloren."

- - -

Pferdemarkt vom 16. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 270 Pferde, davon 20 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 261 verkauft, unverkauft blieben 9 Stück.

Preise Fohlen 9.50 bis 13.20 S, Extremware 7.90 bis 9.50 S, 1. Qualität 6.60 bis 7.70 S, 2. Qualität 6.20 bis 6.50 S, 3. Qualität 5.90 bis 6.10 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 107, Oberösterreich 55, Burgenland 36, Steiermark 37, Kärnten 24, Tirol 1, Salzburg 9. Auslandsschlächthof: 22 Stück aus Bulgarien, Preis 6.- S, 41 Stück aus Rumänien, Preis 6.- bis 7.- S, 8 Stück aus Polen, Preis 6.20 bis 6.60 S, 10 Stück aus Ungarn, Preis 6.- S, 20 Stück aus CSR, Preis 6.20 bis 6.50 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Pferde um 7 g und ermäßigte sich für Fohlen um 64 g je Kilogramm. Er beträgt: Pferde 6.50 S, Fohlen 11.62 S.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen  
=====

17. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Er stellt fest, daß unsere Republik seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zu den Staaten zählt, die sich rühmen dürfen, die fortschrittlichsten sozialpolitischen Gesetze zu haben. Vor allem sind zu erwähnen die Gesetze über die Arbeitslosenversicherung, über den Arbeiterurlaub, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und die erst kürzlich wirksam gewordenen Gesetze über die Altersversicherung der Gewerbetreibenden und der Land- und Forstarbeiter. Diese Gesetze schützen den unverschuldet seiner Arbeitsstelle verlustig gewordenen Angestellten und Arbeiter vor der Verelendung und sichern den Frauen nach erreichtem 60. und den Männern nach erreichtem 65. Lebensjahr das Existenzminimum, wobei je nach der Höhe der Beitragsleistung die Altersrente ansteigt.

Auch das Gesetz über die Kinder- und Geburtsbeihilfen muß als ein wirksamer sozialer Fortschritt bezeichnet werden. Die Krankenversicherung, insbesondere die Familienversicherung, wurde ausgebaut, sodaß die Gesunderhaltung der arbeitenden Menschen einen beachtlichen und höchst erfreulichen Stand erreicht hat. Den Sozialversicherungsanstalten und auch der Pensionsanstalt für Arbeiter werden dadurch aber große finanzielle Verpflichtungen auferlegt, die durch die Beiträge der Versicherten längst nicht mehr gedeckt werden können. Die Forderungen dieser Anstalten nach Gewährung von Staatszuschüssen stehen seit geraumer Zeit im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion.

Diese sozialpolitischen Gesetze, die mit wenigen Ausnahmen die gesamte Bevölkerung erfassen, üben auch auf die Sozialfürsorge der Gemeinde, vor allem aber auf die der Bundeshauptstadt, einen wesentlichen Einfluß aus. Es hat sich die Struktur der zu Befürsorgenden grundlegend geändert. Solange es für den Arbeiter keine Altersversicherung gab, war es die Gemeinde, die für seinen Lebensabend zu sorgen hatte. Die kluge, vorausschauende Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und auch der Städte läßt heute nennenswerte Arbeitslosenzahlen nicht aufkommen, wozu vor allem

die großzügige Investitionstätigkeit der öffentlichen Körperschaften hervorragend beigetragen hat. Es soll auch weiter für alle Verantwortlichen in unserer Republik oberstes Gebot sein alles zu tun, um Arbeit für alle zu beschaffen. Die soziale Sicherheit ist bekanntlich der beste Garant für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens und einer ungestörten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung.

Die Elendsfiguren in unserer Stadt sind erfreulicherweise zu einer Seltenheit geworden. Eine Millionenstadt wie Wien wird leider immer gewisse Existenzen beherbergen, an die auch eine gut arbeitende öffentliche Fürsorge nicht herankommt.

In diesem Zusammenhang muß auf gewisse Erscheinungen aufmerksam gemacht werden, die dem Ansehen unserer Fürsorge und unserer Stadt in In- und Ausland schaden. In Zeitungen und Zeitschriften wird immer wieder auf einzelne Notstandsfälle hingewiesen und die Öffentlichkeit um Hilfe gebeten. Der Leser muß dadurch zu dem Schluß kommen, daß hier die Gemeindefürsorge versagt hat. Die angestrebte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet konnte wohl beim Rundfunk aber nicht bei den Zeitungen erreicht werden. Sicher ist es gut und zweckmäßig, wenn auch private Institutionen den Notleidenden nach besten Kräften helfen. Hier gebührt vor allem der Volkshilfe, der Caritas und dem Kinderrettungswerk Dank. Im Voranschlag für 1959 ist auch wieder die beträchtliche Subvention von 2,5 Millionen Schilling für die Hortarbeit der "Kinderfreunde", des "Kinderrettungswerkes", des "Caritas-Verbandes" und der "Evangelischen Kirche", enthalten. Das sind sichtbare Beweise dafür, daß der Gemeinde Wien auch finanziell die Tätigkeit von gut arbeitenden Einrichtungen auf dem weiten Gebiet der sozialen Fürsorge unterstützt. Der Vizebürgermeister betont mit allem Nachdruck, daß die Stadt Wien auf eine gewisse Zusammenarbeit nicht verzichten könne. Es wird dadurch die Selbständigkeit dieser Organisation nicht im geringsten angetastet werden. Es liegen viele Beispiele von Mißbräuchen vor, diese können nur verhindert werden, wenn in Einzelfällen die private mit der öffentlichen Fürsorge Kontakt hält.

Die Auswirkungen der sozialen Gesetzgebung sind vor allem durch den großen Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten am deutlichsten sichtbar. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges erreichten wir den Höchststand an Dauerbefürsorgten mit 46.000 Personen. Ende September waren es nur mehr 11.958; davon nur 1.581 Männer!

Der Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten verleitet vielfach zu der Annahme, daß damit auch eine namhafte Minderausgabe auf diesem sozialen Sektor der Wiener Stadtverwaltung eingetreten ist. Dies wäre richtig, wenn nicht durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz der Gemeinde eine bedeutende finanzielle Verpflichtung auferlegt worden wäre. Dieses Gesetz bestimmt bekanntlich, daß alle Rentner, die durch ihre Beitragsleistung die Mindestrente nicht erreicht haben, von der Gemeinde den fehlenden Betrag erhalten müssen. Es handelt sich dabei um 35.580 Arbeiter-Rentner, 8.196 Angestellten-Rentner und 1.417 Landwirtschafts-, Eisenbahn- und Gewerberentner. Im Jahre 1958 hat Wien rund 53 Millionen Schilling für solche Ausgleichs-Zulagen leisten müssen. Für die eigenen Fürsorgerentner waren 75.4 Millionen Schilling erforderlich. Der Aufwand für diese 57.508 Rentner erreichte demnach im Jahre 1958 rund 128.4 Millionen Schilling; Man sieht also, wie irrig die Annahme ist, wonach die Gemeinde auf diesem sozialen Gebiet weniger zu leisten hatte. Im Voranschlag für 1959 sind für die beiden Arten von Rentenempfängern 123.7 Millionen Schilling enthalten.

Nun wird vom April 1959 an eine weitere Steigerung dieser Sozialausgabe wirksam werden. Im Budget des Bundes für das Jahr 1959 ist bereits die finanzielle Bedeckung für eine Erhöhung der Mindestrenten gesichert. Es werden vom April 1959 an diese Mindestrenten für den Einzelverbraucher von 550 auf 600 Schilling und für das Ehepaar von 750 auf 825 Schilling erhöht.

./.

Nach Bekanntgabe dieser begrüßenswerten Verbesserung, von der in Österreich rund 200.000 Rentner erfaßt werden, wurden die Fürsorgereferenten aus den Bundesländern zu einer Tagung nach Wien einberufen. Es wurde dabei einstimmig beschlossen, daß ebenfalls von April 1959 an die Richtsätze für die offene Fürsorge um rund zehn Prozent erhöht werden sollen. Diese Mehrausgabe, deren Höhe noch nicht feststeht, ist in diesem Voranschlag nicht enthalten, sodaß für das letzte Drittel des Jahres 1959 hierfür ein Zuschußkredit angefordert werden wird.

Bei den Dauerunterstützungen, den Aushilfen, der Wohlfahrtskrankenpflege und den Ausgleichszulagen handelt es sich um gesetzlich fundierte Ausgaben. Seit Jahren gehen wir über diese Pflichtbestimmungen weit hinaus. Der Referent verweist auf die im Jahre 1952 erstmalig erfolgte Entsendung von Dauerbefürsorgten in gemietete Pensionen. Seit der Einführung dieser von den alten Leuten so segensreich empfundenen Aktion wurden rund 16.000 Dauerbefürsorgte, meist Frauen, in landschaftlich schön gelegene Hotels eingewiesen. Für das Jahr 1959 werden wieder 3.000 Dauerbefürsorgte auf 14 Tage in fünf Pensionen, die sich in Saxen bei Grein, Ysper, Tauchen, Weyer und Weissenbach an der Triesting befinden, entsendet. Jene Dauerbefürsorgten, die aus triftigen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen können, erhalten ein zehn Kilogramm schweres Lebensmittelpaket. Im Voranschlag wurden für beide Leistungen 1,625.000 Schilling eingesetzt.

Für die fünf Wintermonate November 1958 bis März 1959 wurde die Zahl der Tagesheimstätten um fünf vermehrt, sodaß den alten Leuten, es sind zu 70 Prozent Sozialrentner mit Mindestrenten, 71 Heime bereitstehen. Sie sind - Sonntag ausgenommen - täglich von 13 bis 19 Uhr geöffnet. Sie zählen bereits 6.000 Besucher. Die Ausgaben betragen 1,550.000 Schilling, davon entfallen auf die Kosten des Kaffees 367.000 S, auf die Beheizung, Miete und Beleuchtung 349.000 S, auf das Personal 312.000 S, auf den "Sorgenfreien Tag" 286.000 S und auf die Kosten der Mehlspeise 129.000 S. Die Vorführung der Filme und verschiedene sonstige Ausgaben sind mit 107.000 S präliminiert.

Einige Tagesheimstätten werden besonders schön ausgestaltet, aber das Ziel nur Musterheime zu schaffen scheitert an der Unzulänglichkeit der Lokale, meist sind es leider Gasthausräume. Es war bisher nicht möglich 71 Heimstätten, die allen Wünschen entsprechen, zu finden. Bei dieser Gelegenheit muß der Leitung der Zentralsparkasse für die anlässlich des Weltspartages den Tagesheimstätten gespendeten modernen Radioapparaten gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Erstmalig werden im kommenden Frühjahr alle Besucher unserer Tagesheimstätten zu einem Ausflug eingeladen. Es soll ein Tagesausflug mit Autobussen und voller Verpflegung sein. Die Kosten sind mit 320.000 Schilling veranschlagt.

Zusätzliche Fürsorge-Aktionen, die nur den Dauerbefürsorgten zugute kommen, sind die Muttertagsfeiern, die Theatervorstellungen, wir haben auch im Dezember eine Vorführung der Eisrevue in der Stadthalle gemietet, die Weihnachts- und Abschlußfeiern in den Tagesheimstätten und vor allem das Beheizungsgeld für die Monate November bis März, das von 90 Schilling monatlich auf hundert Schilling erhöht wurde. Allein diese Aktion erfordert einen Betrag von 4.4 Millionen Schilling. Alle die aufgezählten zusätzlichen Fürsorgeleistungen erfordern rund neun Millionen Schilling. Diese Leistungen bringen aber unseren Dauerbefürsorgten, die oft harte Schicksalsschläge ertragen mußten, ein wenig Freude und Glück in ihr meist einsames Dasein und sind wahrhafte Lichtblicke in ihren alten Tagen. Mit der Durchführung dieser vielen Aktionen wird den Vorständen der Fürsorgeämter, den Fürsorgeräten und auch den Beamten eine Fülle von zusätzlicher Arbeit übertragen. Vizebürgermeister Honay stellt mit besonderer Genugtuung fest, daß Funktionäre und Beamte diese oft sehr heikle Arbeit mit wahrhafter Hingebung leisten, wofür er ihnen herzlichst dankt. (Allgemeiner Beifall.)

Im Voranschlag für das Jahr 1958 waren für Blindenbeihilfen 7.6 Millionen Schilling vorgesehen. Für 1959 mußte eine Erhöhung auf 7.8 Millionen Schilling vorgenommen werden.

Unsere Fürsorge für die Körperbehinderten wird weiter ausgebaut werden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Körperbeschädigten selbsterhaltungsfähig zu machen. Unsere Kursleiterinnen und Leiter und die Meister in den Werkstätten können auf beachtliche Erfolge verweisen, die in vielen Fällen aus diesen Behinderten eine vollwertige Arbeitskraft machen konnten, was die Herausnahme aus der so bedrückenden Fürsorge zur Folge hatte. Für das Jahr 1959 wurden die Kosten für die hundert Teilnehmer an den arbeitstherapeutischen Kursen für Körperbehinderte mit 350.000 Schilling berechnet. 100.000 Schilling entfallen davon auf die Verpflegung und das Taschengeld, 45.000 Schilling auf die Straßenbahnfahrten und der Rest zur Anschaffung von Maschinen, Werkzeugen und Rohmaterialien.

So wie in jedem Jahr ist auch für 1959 eine Zuwendung von 100.000 Schilling für das Krebsforschungsinstitut prälininiert.

Bereits in diesem Jahre waren die Ansätze für die Aktion "Jugend am Werk" im Voranschlag nicht enthalten, weil für diese Arbeit ein eigener Verein gegründet werden mußte. Die Gemeinde subventioniert nun den Verein. Für 1959 beträgt die Subvention 1,5 Millionen Schilling. Außerdem subventionieren den Verein das Sozialministerium, der Gewerkschaftsbund und die beiden Kammern. Mit Hilfe der Gemeinde, die rund fünf Millionen beisteuert, wird nun endlich auch die im Gemeinderat oft besprochene Musterlehrwerkstätte gebaut werden können. Der im Spätherbst stattgefundenen Grundsteinlegung wird im Frühjahr der Baubeginn folgen.

Nun zur Jugendfürsorge. Unser Kindergarten- und Hortwesen ist noch immer im Ausbau begriffen. Wir haben einerseits in Bezirken, in denen keine Wohnbauten errichtet werden, manche Kindergärten unterbelegt, dagegen in den Bezirken mit roger Wohnbautätigkeit einen starken Bedarf. Im Budget sind für den Neubau von zehn Kindergärten, zwei Tageserholungsstätten und für verschiedene bauliche Arbeiten 12 Millionen Schilling eingesetzt worden. Die Ausgaben sind mit 81,7 Millionen Schilling veranschlagt. In den Kindergärten und Horten sind 1.449 Personen beschäftigt. Der Personalaufwand stellt sich auf 34,8 Millionen, wozu noch 12,6 Millionen Schilling für Pensionen zu rechnen sind.

Im Oktober zählten wir 15.189 eingeschriebene Kinder in unseren Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen, Krabbelstuben, Kindergärten, Sonderkindergärten und Horten.

Das Pflegekinderwesen erfordert einen Aufwand von 60.8 Millionen Schilling. Ende Oktober befanden sich 5.303 Kinder in Gemeindepflege. In eigenen Anstalten wurden 2.329 Kinder, in fremden Heimen 1.930, davon werden rund 1.100 debile Kleinkinder in Caritasheimen betreut. Bei Wiener Pflegeparteien waren 665 bei auswärtigen 379 Kinder. Die Versuche sogenannte Großfamilien mit 5 bis 10 Pflegekindern zu bilden, werden durch die fehlenden Unterkunftsmöglichkeiten sehr erschwert. Bedrückend ist die Tatsache, daß trotz der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Zahl der Fälle, in denen den Eltern die Kinder wegen Verwahrlosung abgenommen werden müssen, ständig steigt. In den vergangenen Monaten waren es im Durchschnitt 39. Wegen Schwererziehbarkeit wurden im Oktober 91 Kinder überstellt. In vier Fällen mußten die Kinder wegen Trunksucht der Eltern, in 13 Fällen wegen sittlicher Gefährdung, in 51 Fällen wegen Spital- oder Gefängnisaufenthalt eines Elternteiles, dem Jugendamt übergeben werden. In keinem einzigen Fall war, wie früher, wirtschaftlicher Notstand als Überstellungsursache entscheidend. Für die Adoption sind 137 Kinder vorgemerkt. 142 Eltern wollen Kinder adoptieren. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 661 Adoptionen durchgeführt.

Erfreulich ist das stete Ansteigen der Geburtenzahlen. Im Oktober wurden in Wien 1.506 Kinder geboren. Im Voranschlag wurden 3.2 Millionen Schilling für 16.000 Säuglingswäschepakete eingesetzt, um 2.000 mehr gegenüber 1958.

Die Mutterberatungsstellen der Stadt Wien dienen unentgeltlich der gesundheitlichen Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren.

Jeder in Wien geborene Säugling wird von einer Fürsorgerin des Jugendamtes oft schon einige Stunden nach seiner Geburt besucht, der Wöchnerin, wenn sie die vom Gemeinderat beschlossenen Bedingungen erfüllt hat, das Säuglingswäschepaket mit den Wünschen der Stadt Wien überreicht und sie eingeladen, die Mutterberatungsstelle aufzusuchen. Für die im Vorjahre geborenen 14.500 Säuglinge standen außer den Privat- und Kassenärzten 54 Mutterberatungsstellen der Stadt Wien zur Verfügung, in denen 84.922 Kinder von Fachärzten im Beisein von Fürsorgerinnen untersucht, geimpft, bestrahlt und deren Mütter beraten wurden.

Gleichzeitig wurden in neun Mutterberatungsstellen Mütterschulen für 5.385 Mütter abgehalten. In diesen Mütterschulen werden die werdenden Mütter auf medizinischem und psychologischem Gebiet mit der modernen und praktischen Säuglingspflege vertraut gemacht.

Unsere Eheberatungsstelle wird immer mehr in Anspruch genommen. Sie arbeitet ohne viel in der Öffentlichkeit aufzuschneiden, was bei der so überaus heiklen Materie wohl selbstverständlich ist. Ich kann nur berichten, daß dort durch die Beratung ausgezeichnete Erfolge erzielt werden und ein weiterer Ausbau geplant ist.

Der Gemeinderat hat die Umwandlung des Schlosses Tribuswinkel in ein Kindererholungsheim mit einem Aufwand von fünf Millionen Schilling genehmigt. Dort wird mit Hochdruck gearbeitet, um im Frühjahr dieses Musterheim unseren Kindern übergeben zu können.

Vorbildlich arbeitet das Wiener Jugendhilfswerk, in dem alle namhaften Organisationen, die Kinderfürsorge betreiben, vertreten sind. Es werden im kommenden Sommer wieder ungefähr 30.000 Wiener Kinder einen vierwöchigen Ferienaufenthalt in landschaftlich schön gelegenen Heimen erhalten.

Die Stipendien für Lehrlinge bis zu den Hochschülern bleiben unverändert. Sie erfordern im Jahre 1959 rund 1,5 Millionen Schilling. Wir planen eine Reform des Stipendienwesens. Sie soll vor allem eine Koordinierung der verschiedenen Körperschaften, die Stipendien verleihen, herbeiführen.

Die Zahl der Gastärzte wurde mit 221 systemisiert, für die 140 Stipendien vorgesehen sind. Der Aufwand hierfür beträgt 1,224.000 Schilling. Einen ebenso hohen Betrag zahlt auch der Bund.

Mit besonderer Freude stellte Vizebürgermeister Honey fest, daß endlich der Ansatz für die Kriegsgefangenen- und Heimkehrerfürsorge gestrichen werden konnte. Viel zu lange haben wir uns gedulden müssen. Nun ist es so weit. Nun müssen Mütter nicht mehr um ihre Söhne oder Männer, die in der Fremde gewaltsam so viele Jahre festgehalten worden sind, bangen. Möge in den zukünftigen Budgets nie mehr wieder eine solche Rubrik notwendig werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Das gleiche gilt auch für die Flüchtlingsfürsorge. Wir führen noch vier Lager mit 1.272 Insassen und werden in Kürze das Lager in der Bergmillergasse auflassen können. Die Kosten für 1959 werden auf 1.9 Millionen Schilling geschätzt, davon ersetzt der Bund 1.5 Millionen.

Wir werden im Fürsorgewesen im kommenden Jahr auch einen Beitrag zur Verwaltungsreform leisten. So wie seit Jahren einige Bezirksämter zusammengelegt worden sind, wird dies auch bei einzelnen Fürsorgeämtern geschehen. Dabei wird selbstverständlich auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht genommen werden müssen.

Die Verwaltungsgruppe IV ist in diesem Budget mit einem Aufwand von rund 389.3 Millionen Schilling vertreten, führte der Referent abschließend aus. Wir werden diese Summe, es sind Steuergelder, zweckmäßig und im Interesse der Jugend und der Alten verwenden. Dafür bürgt die demokratische Zusammensetzung der Verwaltung dieser Gruppe. In ihr arbeiten 3.000 ehrenamtliche Fürsorgeräte mit ihren Vorständen in engster Verbindung mit der Bevölkerung, in ihr wirken unsere Fürsorgerinnen, das Personal in den Kindergärten und Horten und die vielen Angestellten in den anderen Ämtern der Wohlfahrtsgruppe. Ihnen danke ich für diese oft sehr schwierige Arbeit. Gemeinsam werden wir auch im kommenden Jahr nach besten Kräften unser Bestes geben, zum Wohle aller Hilfesuchenden. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Debatte über Wohlfahrtswesen

GR. Stefanie Hofmann (VO) bezeichnet es als erfreulich, daß der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen eine Erhöhung der Ausgaben aufweist. Im kommenden Jahr sind viele Verbesserungen sowohl bei der Jugendfürsorge, als auch bei der Erwachsenenfürsorge zu erwarten. Ihre Fraktion werde daher den Ansätzen zu diesem Hauptstück zustimmen.

Kritisch nimmt die Rednerin dazu Stellung, daß die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen nicht schon jetzt in Kraft tritt. Die Preise seien in der letzten Zeit so gestiegen, daß die Befürsorgten das Geld sofort brauchen könnten.

Die Rednerin spricht dann über die Alterskrankheit Nummer Eins, die Vereinsamung der alten Menschen. Sie bezeichnet in diesem Zusammenhang die Tagesheimstätten als überaus begrüßenswert. Es wäre jedoch erfreulich, wenn man das Netz der Heimstätten erweitern könnte, damit die alten Leute nicht so weit gehen müssen. Auch ist die Einrichtung mancher Lokale unbefriedigend. Da die Heimstätten vor allem der Geselligkeit dienen, sollten sie länger im Jahr geöffnet sein. Vielleicht ist eine ähnliche Einrichtung auch im Sommer möglich.

Die Sprecherin der VO regt ferner die Einstellung von mehr Heimhelferinnen und Heimpflegerinnen an, die alleinstehende Leute betreuen sollen. An der unzulänglichen und oft unpraktischen Einrichtung der Heimstätten für alte Menschen übt die Rednerin verschiedene Kritik. Eingehend beschäftigt sie sich mit dem Altersheim St. Andrä, das in einer entlegenen Gegend und in einem mehr als 250 Jahre alten Gebäude unzulänglich untergebracht ist. Sie stellt den Antrag, dieses Altersheim aufzulassen, sobald ein Ersatz auf Wiener Boden geschaffen ist. Auch sollen keine Neuaufnahmen in das Altersheim mehr stattfinden.

Nach einem weiteren Antrag sollen in die Landaufenthaltsaktionen für Dauerbefürsorgte auch die gehfähigen Pfleglinge in den städtischen Altersheimen einbezogen werden, soweit es sich um Dauerbefürsorgte der Stadt Wien und um Rentner mit Ausgleichszulagen handelt.

Was die Jugendfürsorge betrifft, fuhr die Rednerin fort, läßt der Voranschlag noch etliche Wünsche offen. Es wäre unbedingt notwendig, in jedem Bezirk genügend Abteilungen für die Kleinsten, also Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen und Krabbelstuben zu führen. Jeder Bezirk sollte wenigstens eine Heimschule haben. Wir brauchen mehr Kindergärtnerinnen, mehr Hortlerinnen und für die Größeren mehr Jugendfürsorgerinnen. Unter diesen Umständen wäre es nicht zu verstehen, wenn man daran denken sollte, die Fürsorgerinnenschule im nächsten Jahr einige Zeit zu sperren.

Das Pflegegeld müßte endlich wieder erhöht werden. Wenn man dem Kind etwas bieten will, kann man mit einem Betrag von 350 Schilling nicht das Auskommen finden.

Auf den Kindergarten der Stadt Wien für körperbehinderte Kinder können wir stolz sein. Aber es sollte möglich sein, einen Autobus zu diesem Kindergarten zu führen.

Das vor zwei Jahren beschlossene Blindenbeihilfengesetz war sicherlich ein Fortschritt, es hat jedoch etliche Mängel. Wenn es einem Blinden gelingt, eine entsprechende Position zu erreichen, so wird er mit teilweisem oder vollem Entzug der Blindenbeihilfe bestraft und muß die durch die Blindheit bedingten Mehrausgaben ganz allein tragen. Eine offensichtliche Benachteiligung der Zivilblinden ergibt sich bei der Benützung der Verkehrsmittel, da sie mit ihrem Fahrausweis die Autobuslinien der Wiener Verkehrsbetriebe nicht benützen können. Die Fahrtbegünstigungen aller Blinden sollten ohne Unterschied des Einkommens gewährt oder die Einkommensgrenze für die Gewährung der Begünstigung wesentlich erhöht werden.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) erinnerte an die Leistungen der privaten Fürsorgeorganisationen und regte an, zusammenzustellen, was sich hierbei ergibt. Wir müssen die Arbeit der privaten Fürsorge anerkennen und diese Organisationen unterstützen. Ich glaube aber, die öffentliche und private Fürsorge arbeiten zu sehr nebeneinander; sie müßten mehr miteinander arbeiten.

./.

Die Summen, die jetzt durch die Zwei- oder Mehrgeleisigkeit ausgegeben werden, könnten dann besser verwendet werden.

Durch die Gründung des Komitees für Sozialarbeit ist die Grundlage für diese Koordinierung gegeben. Wir hoffen, daß man nun auch von den Beratungen zu Taten schreiten wird.

Es müßte alles getan werden, um unsere Jugend vor einer weiteren Gefährdung zu schützen. Man sollte wenigstens die Aushängbilder vor den Kinos besser auswählen.

Besonders traurig ist es, daß trotz des gehobenen Lebensstandards die Zahl der Pflegekinder steigt. Wir wissen, daß es Schwierigkeiten bei der Unterbringung deshalb gibt, weil ein Teil unserer Pflegekinder zu krank ist, sodaß es große Opfer einer Pflegemutter verlangt, ein solches Kind in ihre Familie aufzunehmen, aber unmöglich ist es nicht. Wäre es nicht möglich, einen Werbefilm herzustellen, der zusätzliche Eltern für unsere Pflegekinder bringt? Dem Dank des Wohlfahrtsreferenten an alle Pflegemütter können wir uns natürlich nur anschließen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wissen es zu schätzen, welch großes Opfer es für sie bedeuten mag. Aber es ist ihnen sicherlich eine Befriedigung zu wissen, daß sie ein armes Kind reich gemacht haben, indem sie ihm Heim und Familie gegeben haben.

Es ginge nicht an, daß die Gemeinde Wien die gesamte Kinderbeihilfe für Pflegekinder, die seitens des Bundes geleistet wird, auf ihr Konto bucht und in Fällen, wo mehr Kinder in einer Familie sind, letzten Endes oft nur mehr fünf Schilling für den Richtsatz beisteuert, sodaß der Gemeinde Wien ein solches Kind fast keinerlei Lastenmehr verursacht. Es muß auch Abhilfe geschaffen werden, damit nicht immer die Kinderbeihilfe in die Berechnungsgrundlage bei Regressen einbezogen wird. Die Kinderbeihilfe ist zweckgebunden, sie soll für die Erziehung und Erhaltung des Kindes selbst verwendet werden, sie darf nicht dem Gehalt zugezählt werden.

Vizebürgermeister Honay hat gesagt, das ASVG erspare uns nichts, es kostet uns nur. Wären nicht so viele Befürsorgte in die Berachtung des Bundes überführt worden, dann müßten wir nicht nur die Ausgleichszulage, sondern den gesamten Betrag bezahlen.

Die Ausgleichszulage ist sozusagen ein Ausgleich des Landes dafür, daß es zum Beispiel nicht mehr die Gesamtrente zu tragen hat. Ersparungen haben wir durch das ASVG natürlich keine, aber ich glaube kaum, daß das die Absicht des Bundesgesetzgebers war.

Bei dauerbefürsorgten Familien sollten die Mütter in unsere Erholungsaktion einbezogen werden, wenn die Kinder durch das Jugendamt in Urlaub geschickt werden.

Die Rednerin fordert sodann eine Erhöhung des Entgeltes für die Helferinnen in den Tagesheimstätten. Wenn es sich auch nur um einen kleinen Anerkennungsbetrag handelt, so seien 350 Schilling monatlich doch ein zu geringer Betrag. Sie fordert eine Erhöhung auf 520 Schilling. Eine solche Erhöhung würde die Kosten für die Tagesheimstätten nur um 120.000 Schilling steigern. Sie regt auch eine Auswahl der Filme an, die den alten Leuten gezeigt werden, da diese für Wild-West-Filme, wie sie wiederholt gezeigt wurden, kein Interesse haben.

GR. Dr. Helene Stürzer kommt sodann auf die Vergebung der Lieferung der Weihnachtspakete zu sprechen. Sie sagt, daß eine Firma "Union, Österreichischer Fachleute" im Gemischtwarenhandel Pakete mit gleichwertigem Inhalt und in besserer Verpackung als die der Firma Kogross es sind, offeriert hätte, die pro Paket außerdem um 90 Groschen billiger sind. Trotzdem habe auch heuer die Firma Kogross wieder den Auftrag erhalten.

Es dürfe auch nicht vorkommen, daß es noch immer Fürsorgeämter gibt, wo dem Stellvertreter die Einsicht in die Akten verweigert wird.

Auch die Frage der Bestattungszuwendungen bedürfe einer Änderung. Die Zuwendung von 400 Schilling werde nur dann bewilligt, wenn das Begräbnis noch nicht bezahlt ist und die Begräbniskosten nicht höher als 800 Schilling sind. Die Bestattung führe aber ein Begräbnis erst nach Bezahlung der Kosten durch. Sicherlich gibt es das sogenannte Armenbegräbnis, aber gerade die alten Leute wollen ihren Angehörigen begreiflicherweise eine sogenannte "schöne Leich'" machen. Die Ärmsten der Armen bringen dafür oft die größten Opfer. Man müßte daher auch, wenn die Kosten höher als 800 Schilling sind, den Zuschuß gewähren.

Auch der Frage der Obdachlosenbefürsorgung müßte viel menschliches Gefühl entgegengebracht werden. Wenn ein Befürsorger obdachlos wird, müßte sich sein bisheriges Fürsorgeamt mit dem Fürsorgeamt für Obdachlose ins Einvernehmen setzen, damit der Befürsorgte, wenn er dort vorspricht, kein Fremder mehr ist. Auch bei der Fahrscheinausgabe an die Obdachlosen sollte man nicht zu streng sein.

Eine Bitte der Fürsorgeräte sei es, anlässlich der Haus-sammlungen über das Ergebnis und die Verwendung dieser Gelder über die "Rathaus-Korrespondenz" zu berichten. Ihre Arbeit würde dadurch sehr unterstützt werden.

Die Rednerin schließt ihre Ausführungen mit dem Dank ihrer Fraktion an alle Mitarbeiter, die auf fürsorgerischem Gebiet so viel geleistet haben.

GR. Dinstl (SPÖ) stellt fest, daß man bei Behandlung des Fürsorgebudgets zu der Überzeugung kommt, daß die Menschen dieser Stadt von der Wiege bis zum Grabe von der Stadtverwaltung betreut werden. Dies war nicht immer so. Nach dem Annonrat der vergangenen Jahrzehnte steht heute dem Bedürftigen der Fürsorgerat zur Seite. Erst nach dem ersten Weltkrieg, als die Sozialdemokraten ins Rathaus eingezogen waren, begann die Zeit der sozialen Gesetzgebung. Es wurde damals dem Wohnungsbau und der Fürsorgetätigkeit das größte Augenmerk zugewendet. Der Faschismus und der Krieg haben diese gute Entwicklung unterbrochen. Der Aufbau des Fürsorgewesens seit 1945 kann als ein gewaltiges Werk bezeichnet werden, das sich in der ganzen Welt sehen lassen kann.

Zu den einzelnen Rednern stellt er fest, daß auch die Sozialisten auf dem Fürsorgesektor noch viele Wünsche hätten, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse unserer Bevölkerung beitragen könnten. Es geht aber doch immer ein Stück vorwärts. So sollen noch zehn Kindergärten und Krabbelstuben errichtet werden. Auch die Leistungen für die alten Leute, wie die Urlaubereaktionen usw., müssen anerkannt werden. Im Jahre 1959 sollen wieder 3.000 Menschen von der Gemeinde auf Urlaub geschickt werden.

Zu den Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer über die Weihnachts-

pakete bemerkt der Redner, daß es für eine Firma, die die Ausstattung und den Preis der von einer anderen Firma hergestellten Pakete kennt, nicht schwer ist, ihren Preis dann um eine Kleinigkeit niedriger zu halten. Aus diesem Grunde habe man die Union nicht berücksichtigt.

Der Redner spricht allen Mitarbeitern dieser Geschäftsgruppe den Dank aus. Sie alle, egal ob in Ämtern, Kindergärten usw. haben ihr Bestes geleistet. Man darf auch nicht vergessen Vizebürgermeister Honay zu danken, der heute zum zehnten Mal den Vorschlag seiner Gruppe referierte. (Allgemeiner Beifall.) Er hat diese Gruppe durch zehn Jahre als echter Wiener mit Herz und Gemüt geführt. Seine Herzengüte hat sich auch auf seine Mitarbeiter übertragen und darum herrscht gerade in dieser Geschäftsgruppe eine so gute Zusammenarbeit. Der Redner richtet abschließend die Bitte an Vizebürgermeister Honay, der baldigen Vollen- dung der Lehrwerkstätte sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Er dankt abschließend dem Vizebürgermeister und wünscht ihm ein weiteres gutes Zusammenwirken mit seinen Mitarbeitern zum Wohle der Bewohner unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Honay stellt im Schlußwort fest, daß eine Reihe von Wünschen und auch Anträge gestellt wurden. Zur Forderung auf Erhöhung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge ist zu sagen, daß diese nicht erst im April 1959 sondern schon jetzt erhöht werden sollen. Wir können stolz darauf sein, daß die Gemeindebefürsorgten heute bereits wesentlich besser behandelt werden als die meisten Rentner in der Sozialversicherung, und dies nicht nur auf dem Gebiete der Urlaubsaktionen. Es gibt keinen Sozialrentner in Österreich, der einen Heizzuschuß bekommt. Die Gemeinde Wien gibt einen solchen. Die Gemeindebefürsorgten haben ferner Anspruch auf Kleider, Schuhe usw., was den Rentnern nur im Falle äußerster Not gewährt wird. Außerdem geben wir Geldaushilfen in besonderen Notstandsfällen.

Das Problem der Altenfürsorge ist sehr schwierig. Wir haben Arbeitskreise gebildet, die bereits einige Tagungen abgehalten haben. Aber das Problem kann nicht auf kommunaler Ebene allein gelöst werden. Auch bei der weiteren Ausgestaltung der Tages-

heimstätten, die eine freiwillige Leistung der Gemeinde darstellen, kann die Bundeshilfe nicht versagt werden, umso mehr, als, wie schon erwähnt, zwei Drittel der Besucher Sozialrentner sind.

Vizebürgermeister Honay bespricht sodann der Reihe nach die verschiedenen Anregungen und Ausführungen der Rednerinnen der VO und der ÖVP. Abschließend ersucht er um die Annahme der Ansätze seiner Geschäftsgruppe. Er habe versucht, die Anfragen zu beantworten und er freue sich darüber, daß so wie jedes Jahr die Führung seiner Geschäftsgruppe von allen Mitgliedern des Gemeinderates anerkannt wurde. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der VO über das Altersheim wird einstimmig der Gruppe V zugewiesen, der Antrag der VO betreffend Landaufenthaltsaktion ebenfalls einstimmig der Gruppe IV.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Für die, die nicht abgeholt werden...

=====

17. Dezember (RK) Für 120 Wiener Buben und Mädeln haben heute früh auf dem Westbahnhof vorzeitig die Weihnachtsferien begonnen. Es handelt sich um Kinder aus den städtischen Heimen, die Vollwaisen sind, oder um solche, von denen man weiß, daß sie am Heiligen Abend von ihren Eltern nicht nach Hause genommen werden. Die Stadtverwaltung bringt sie für drei Wochen in ihr Ferienheim nach Ischl, wo sich Fürsorgerinnen alle Mühe geben werden, ihnen das Familienfest zu ersetzen. Jedes Kind wird unter dem Weihnachtsbaum ein Geschenk nach eigener Wahl finden. Für die Erfüllung dieser Wünsche hat das Wiener Jugendhilfswerk 25.000 Schilling bereitgestellt.

Eine zweite Gruppe mit 60 städtischen Heimkindern wird die Weihnachtsferien in Heim Stollbach an der Hohen Land verbringen.

- - -

Eine Lichtkönigin brachte uns Weihnachtsgrüße  
=====

Wiener "Rosenkavalier" für die schwedische "Lucia"

17. Dezember (RK) Umgeben von einem großen Aufgebot der Wiener Fotografen, Filmlleute und Reporter erlebte heute früh die schwedische Lichtkönigin aus Lulea einen festlichen Einzug ins Wiener Rathaus, dem Ziel ihrer langen Weihnachtsreise. Mona Klint, die 18jährige Mittelschülerin, wurde von ihren Landsleuten auserwählt, sich zum ersten Mal den Wienern als eine waschechte schwedische "Lucia" vorzustellen und ihnen die Weihnachtsgrüße ihrer Heimatstadt zu übermitteln.

Im Wiener Rathaus, wo sie ihren Auftrag zu erledigen hatte, wurde sie in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger empfangen. Nach altem schwedischen Brauch betrat sie den Empfangsraum mit dem Lichterkranz auf dem Kopf und servierte den beiden Stadtvätern den Frühstückskaffee samt Weihnachtskuchen. In ihrem Gefolge befanden sich Botschaftssekretär Edelstam, der Direktor der skandinavischen Fluggesellschaft, und Redakteur Söderholm von der Tageszeitung "Norrbottnens Kurieren" aus Lulea.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die reizende "Lucia" als lieben Gast aus dem hohen europäischen Norden und dankte ihr für die dem Wiener Bürgermeister überbrachte Botschaft des Stadtoberhauptes von Lulea Bürgermeister Vincent Ekholm sowie für das von ihm geschickte Geschenk - ein Service mit silbernen Punschschalen. Vizebürgermeister Honay gedachte dabei der schon traditionell gewordenen guten Beziehungen zwischen Sveden und der österreichischen Bundeshauptstadt und der großen materiellen Hilfeleistungen des gesamten schwedischen Volkes für die Wiener Bevölkerung in den Jahren nach den beiden Weltkriegen. Er bat dann die Lichtkönigin dem Bürgermeister von Lulea von seinem Wiener Amtskollegen als Gegengeschenk eine Kristallschale zu überbringen. Sie selbst erhielt von der Wiener Stadtverwaltung zur Erinnerung an ihren Besuch im Wiener Rathaus einen prächtigen "Rosenkavalier" aus Augarten-Porzellan.

Anschließend an den offiziellen Gratulationsakt im Wiener

Rathaus begab sich "Lucia" in den Stadtpark, wo sie in den städtischen Kindergarten unter die Kinder aus Schweden mitgebrachte Spielsachen als Grüße der Jugend von Lulea verteilte. Im Namen der Kinder und ihrer Eltern bedankte sich der Zentralinspektor der städtischen Kindergärten Dr. Kothbauer für die überaus reichliche Bescherung.

Der liebe Gast aus Schweden wird während seines viertägigen Aufenthaltes in der Bundeshauptstadt von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien betreut.

- - -

### 11.000 Jubelpaare in 13 Jahren

=====

17. Dezember (RK) Unter den drei Diamantenen und 52 Goldenen Hochzeitspaaren, die heute nachmittag gemeinsam mit den Vertretern der Stadtverwaltung im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses ihren Ehrentag feierten, befand sich das 11.000. Paar, das seit 1945 im Rathaus zum Ehejubiläum beglückwünscht worden ist. Das Jubiläumspaar Josef und Anna Salcher aus der Franz ~~Petter~~-Gasse in Hietzing und die anderen Hochzeiter wurden von Vizebürgermeister Weinberger im Beisein der Stadträte Lakowitsch, Mandl, Riemer und Slavik sowie der Bezirksvorsteher begrüßt. Vizebürgermeister Weinberger übermittelte ihnen die Grüße des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung. Er überreichte jedem Paar ein Diplom der Stadt Wien und wünschte allen zusammen viel Gesundheit und Glück im Kreise ihrer Familien sowie ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Für morgen, Donnerstag, sind ins Rathaus Ehejubilare aus den Bezirken 16 bis 22 eingeladen.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen  
=====

17. Dezember (RK) Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) berichtet über die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen. Vorher führt der Referent aus, er bedauere es sehr, daß die Verhandlungen im Wiener Rathaus neben den Beratungen des Nationalrates, des niederösterreichischen und des burgenländischen Landtages abgehalten werden. Er würde es begrüßen, wenn man gemeinsam überlegen könnte, ob man nicht - da der Finanzausgleich nun für fünf Jahre abgeschlossen wird - einen anderen Termin für die Budgetberatungen finden könnte. Es wäre der Bedeutung der Stadt Wien würdiger, wenn man viel eingehender über alle Probleme der Stadtverwaltung diskutieren könnte.

Vizebürgermeister Weinberger begann die Besprechung seiner Geschäftsgruppe sodann mit dem Anstaltenamt. Diese große Abteilung ist in eine Reihe von Referaten aufgegliedert. Im Bereich des Anstaltenamtes werden 14.373 Personen beschäftigt, darunter 1.016 Ärzte. Dazu kommen noch 500 Personen im Allgemeinen Krankenhaus, die dem Bund unterstehen.

Der Bettenstand in den Spitälern und Anstalten beträgt für das kommende Jahr 12.498. Die Einnahmen werden mit 321 Millionen angenommen, die Ausgaben mit 640 Millionen, sodaß sich allein auf diesem Sektor ein Abgang von 320 Millionen ergibt. Von den Ausgaben entfällt der Hauptanteil auf den Personalaufwand, nämlich 55 Prozent. 21 Prozent entfallen auf Verbrauchsmaterialien, 7 Prozent auf Lebensmittel, 5 Prozent auf Gas, Strom und Beheizung. Für die Erhaltung der baulichen Anlagen sind 20,5 Millionen Schilling vorgesehen. Investiert werden sollen auf dem Bausektor 61,5 Millionen. Somit werden nahezu 82 Millionen allein auf dem Bausektor der Geschäftsgruppe V aufgewendet.

Der Referent schilderte dann die umfangreiche Investitionstätigkeit in den Anstalten der Gemeinde Wien, den Krankenanstalten, den Altersheimen, Heil- und Pflegeanstalten, den Erziehungsheimen usw. und kam eingehend auf die Vorhaben zur weiteren Ausgestaltung dieser Anstalten zu sprechen.

Obwohl im Voranschlag der Stadt Wien ebenso wie im Bundesbudget zu dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses 30 Millionen Schilling eingesetzt sind, ist leider noch immer nichts Entscheidendes geschehen. Die letzte Verzögerung hat sich durch die unerklärlich lange Dauer der Aufstellung des sogenannten Raum- und Funktionsprogrammes,

welche einem Tübinger Professor übertragen worden ist, ergeben. Diese 500 Seiten umfassende Grundlage muß nun wieder von vielen Gesichtspunkten aus überprüft werden. Trotzdem sei zu hoffen, daß es nun endlich ernst wird.

Die Bettensituation in den Krankenanstalten war auch im Sommer 1958 wegen der Um- und Zubauten sehr angespannt. Für die Zeit des größeren Bettenbedarfes in den ausklingenden Wintermonaten und im Frühjahr stehen bis auf weiteres noch zwei Pavillone des ehemaligen Infektionskrankenhauses "Am Steinhof" zur Verfügung, die mit insgesamt 250 Betten als medizinische Abteilung geführt werden.

Die Zahl der Ansuchen um Aufnahme in ein Altersheim der Stadt Wien zeigte 1958 ein leichtes Absinken. In den ersten neun Monaten des Jahres 1957 lagen 3.977, im gleichen Zeitraum 1958 hingegen 3.806 genehmigte Anträge vor. Die Zahl der effektiv aufgenommenen Pfleglinge sank jedoch von 3.326 Aufnahmen in diesem Zeitraum des Jahres 1957 lediglich auf 3.319 im Jahre 1958. Trotzdem ist der Bettenmangel im Altersheim weiterhin gestiegen, da die Abgänge in den ersten neun Monaten des Jahres 1957 3.410 Pfleglinge, 1958 aber nur 3.230 Pfleglinge betragen. Eine Gegenüberstellung seit 1950 zeigt, daß sich die Zahl der Aufnahmen ständig erhöht, dagegen die Zahl der Entlassungen und Austritte, aber auch die der Todesfälle, verhältnismäßig zurückbleibt. Die Not an Spitalsbetten wird nicht zuletzt durch den Mangel an Alters- und Alterskrankenbetten ständig vergrößert. Nur wenn es möglich sein wird, die notwendigen Betten für Pflegefälle zu schaffen, dürfte für längere Zeit auch dem chronischen Bettenmangel in den Krankenanstalten wirksam abgeholfen werden können. Wie in den vergangenen Jahren wurde auch im Jahre 1958 die Ausgestaltung der Krankenabteilungen der Altersheime mit beträchtlichem finanziellen Aufwand fortgeführt.

Der Redner sprach sich für eine Kooperation der öffentlichen und der freien Fürsorge und die verstärkte Führung von Altersheimen durch private Organisationen aus, wozu auch die Stadt dann ihren Beitrag leisten sollte. Es komme nicht darauf an, wer etwas tut, so sagte er, sondern daß etwas geschieht. Alle unsere Mitbürger sollen das Gefühl haben, daß sie auch als kranke, alte und müde

gewordene Mitmenschen noch als Persönlichkeiten gewertet worden und nicht auf den Aussterbeetat gesetzt worden sind. (Beifall bei der OVP.)

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke sind gleichfalls beträchtliche Mittel investiert worden, um den Aufenthalt angenehmer und menschlicher zu gestalten und auch den meist sehr langwierigen Heilungsprozeß günstig zu beeinflussen. Im Jahre 1957 war ein leichtes Ansteigen der Einweisung von Geisteskranken zu verzeichnen, das auch im Jahre 1958 weiter anhielt, wobei die Einweisung von 50 Prozent der nach Steinhof gekommenen Männer auf Alkoholmißbrauch zurückzuführen ist. Im Jahre 1958 erreichten die Aufnahmen in den Heil- und Pflegeanstalten in den ersten neun Monaten 3.457 Pfleglinge, davon 1.096 Männer und 1.361 Frauen gegen 3.342 Aufnahmen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Steigerung fällt hauptsächlich auf die Gruppe der Altersdementia. Im Jahre 1957 wurden 1.043 männliche und 130 weibliche Alkoholiker eingewiesen. Entlassungen waren 3.105, Todesfälle 797 zu verzeichnen.

Seit längerer Zeit bemüht sich bereits die Direktion der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" um die Wiedereinrichtung einer Beratungsstelle für "Gemüts- und Nervenkranken" in Form einer "Psychohygienischen Beratungsstelle". Die Beratungsstelle soll sich als wirkungsvolle Einrichtung in der Behandlung und Betreuung unserer psychisch Kranken einschalten und dazu beitragen, daß es nicht wieder zu einem Höchststand von 4.200 Patienten wie vor 1938 kommt.

In den Herbergen für Obdachlose ist infolge der Rückkehr von Österreichern, die aus den Oststaaten abgeschoben wurden oder denen die Ausreise nahegelegt wurde, eine neuerliche Verschärfung eingetreten.

Wie schon seit einigen Jahren wurden auch 1958 die für Neuanschaffungen bewilligten Geldmittel dazu verwendet, das Inventar in den Anstalten zu verbessern und den Ärzten jene Einrichtungen und Apparate zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung einer dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Diagnostik und Therapie notwendig sind.

Auch die Verköstigungsquote in den Spitälern wurde mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1958 reguliert, um sie auf einen noch besseren Stand zu bringen.

Dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst stehen in fünf Rettungsstationen 23 Sanitätswagen und in fünf Sanitätsstationen 46 Sanitätswagen zur Verfügung. Die 1956 in Betrieb genommenen Funksprechanlagen haben sich sehr bewährt. Für 1959 ist die Anschaffung von sechs neuen Ambulanzwagen beabsichtigt, die die im Jahre 1950/51 eingestellten Opel-Blitzwagen ersetzen sollen.

Große Bedeutung kommt der Arbeit des Gesundheitsamtes zu, vor allem auch dem Referat zur Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Neben den gesetzlichen Impfungen gegen Pocken und den freiwilligen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten sowie Schutzimpfungen gegen Typhus, wurde heuer erstmals eine öffentliche Impfung gegen Kinderlähmung durchgeführt, welche die erste in Österreich war. Zur Impfung aufgerufen waren die Kinder der Geburtsjahrgänge 1947-1955. Im Rahmen dieser Aktion wurden bis Ende Mai 77.983, bis Ende November 96.676 Einzelimpfungen vorgenommen, davon waren 39.940 erste, 38.023 zweite und 18.713 dritte Teilimpfungen. Die Aktion für die dritte Teilimpfung ist noch im Gange und läßt eine gute Beteiligung erwarten. Bis auf vereinzelte leichte Reaktionen an der Impfstelle sind im Zusammenhang mit den Impfungen keinerlei Erkrankungen aufgetreten. Bei diesen Jahrgängen sind nach Abschluß der beiden ersten Impfungen 17 Erkrankungen an Kinderlähmung aufgetreten, davon 13 bei Ungeimpften, 2 bei einmal Geimpften, 1 bei einem im Gesundheitsamt zweimal und 1 bei einem privat zweimal Geimpften. Da ein wirksamer Schutz erst nach der zweiten Teilimpfung zu erwarten ist, sind die nur einmal Geimpften den Ungeimpften zuzurechnen. Daraus ergibt sich, daß in den Geburtsjahrgängen 1947 - 1955 die Krankheitshäufigkeit unter den zweimal Geimpften um rund 75 Prozent geringer

war als bei den Ungeimpften oder nur einmal Geimpften.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird für das Jahr 1959 die Fortsetzung der Impfungen mit einer Erweiterung auf die Geburtsjahrgänge 1956 - 1939 vorgeschlagen, wobei die Beteiligung auf etwa 74.000 Impflinge geschätzt wird. An Ausgaben erwachsen hierfür 2,962.000 Schilling, denen an Einnahmen 2,420.000 Schilling gegenüberstehen.

Über die Verwendung der verschiedenen Impfstoffe kann jetzt schon gesagt werden, daß sich der amerikanische oder kanadische ebenso gut bewährt hat wie der österreichische oder umgekehrt. Es haben sich bei keinem irgendwelche Komplikationen ergeben und ebenso war bei jedem die gleiche Wirkung gegeben, soweit dies aus den Auswertungen des heurigen Jahres überhaupt zu ersehen ist. Es könnte daher die nächste größere Impfkation ohneweiteres nur mit dem österreichischen Impfstoff durchgeführt werden. In dieser Frage aber sollen und werden ebenso wie in allen damit zusammenhängenden Belangen ausschließlich die zuständigen Fachleute und nicht zuletzt wenn nötig der Landessanitätsrat selbst ihre Meinung äußern und ihr Gutachten abgeben.

Auf dem Gebiete der Tuberkulose sind im abgelaufenen Jahre keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Von einem weiteren Rückgang der Tuberkulose kann nur insofern gesprochen werden, als die Zahl der Neuaufnahmen von Fällen mit ansteckender Tuberkulose in Wien auch im Jahre 1957 und im ersten Halbjahr 1958 gegenüber den Vorjahren etwas abgenommen hat. Im 1. Halbjahr 1958 ist nur eine Person unter 14 Jahren an Tuberkulose gestorben. Die Gesamtzahl der Todesfälle an Tuberkulose ist im Jahre 1957 gegenüber dem Vorjahr nicht gesunken und im 1. Halbjahr 1958 gegenüber dem 1. Halbjahr 1957 nur um weniges geringer. Die Tuberkulose muß daher nach wie vor als ein ernstes Problem bezeichnet werden.

Im 1. Halbjahr 1958 wurden die Tuberkulose-Fürsorgestellen von 61.500 Personen besucht. Die Zahl der Neuaufnahmen von ansteckender Tuberkulose betrug in diesem Zeitraum 367, davon 247 Männer.

Rund 54.000 Personen wurden in den Tuberkulosefürsorgestellen und in der Röntgenstelle der Zentrale mit Röntgenstrahlen untersucht. Die geringe Zahl der Neuaufnahmen und Todesfälle bei Kindern und Jugendlichen hängt mit der ständig in Wien erfolgreich durchgeführten Schutzimpfung gegen Tuberkulose zusammen.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Veröffentlichungen über Strahleneinwirkung bei der diagnostischen Röntgenuntersuchung wurden Maßnahmen für besseren Strahlenschutz ausgearbeitet und teilweise schon eingeführt. Im Zusammenhang damit wird die Anschaffung von Bleigummischutzröcken für Frauen und Kinder, die sich einer Röntgenuntersuchung unterziehen müssen, notwendig und wurden für den Ankauf von 40 solcher Bleigummischürzen zirka 8.000 Schilling vorgesehen.

Zur Verbesserung der diagnostischen Möglichkeiten wurde im Jahre 1958 in der Röntgenstelle des Gesundheitsamtes ein Schichtaufnahmeapparat für Lungenaufnahmen angeschafft und in Verwendung genommen.

Dem Tbc-Referat unterstehen derzeit 12 Tbc-Fürsorgestellen. Anfangs 1959 wird für den 14. Bezirk die neu erbaute Tbc-Fürsorgestelle in der Heinrich Collin-Gasse eröffnet werden, ebenso soll 1959 der Rohbau für eine neue Tbc-Fürsorgestelle in der Lazarettgasse 13 für die Bezirke 1, 8, 9 und 17 und eine im 19. Bezirk, Nußdorfer Gürtel, für die Bezirke 18 und 19 fertiggestellt werden.

Die systematische Schulzahnpflege wurde im Schuljahr 1957/58 wie in den vorhergegangenen Jahren durchgeführt. Rund 5.500 Kinder haben an der Aktion teilgenommen. Von den 102.195 Schulkindern waren 92.955 erfaßt, von denen 89.097 untersucht und von diesen 20.952 behandelt wurden. Dringend erforderlich erscheint für die Zentralschulzahnklinik die Anschaffung eines Zahnröntgenapparates, der auch zur Durchführung von Röntgenaufnahmen während der Operationen, die in der Zentralschulzahnklinik durchgeführt werden, notwendig ist. Die Anschaffung einer fahrbaren Schulzahnklinik für die Randgebiete ist dringend erforderlich. Es wären hierzu 620.000 Schilling notwendig. Nach dieser Anschaffung könnten zwei der jetzt betriebenen Exposituren aufgelassen werden.

Die Einrichtung der Gesundenuntersuchungsstellen hat sich nun seit 8 Jahren bewährt und ist auch als vorbildlich im Ausland anerkannt. Seit dem Bestehen der Gesundenuntersuchungsstellen der Stadt Wien (das ist seit Oktober 1950) wurden 41.929 Personen, darunter 11.886 (oder 29 Prozent) Männer und 30.043 (oder 71 Prozent) Frauen untersucht. Bei 2.221 Personen, das sind 5.2 Prozent, wurde ein Tumorverdacht geäußert.

Der Schwerpunkt der Vorsichtsuntersuchungen aber liegt in der Aufdeckung der großen Zahl von sogenannten Präkanzerosen und jener Gesundheitsstörungen, die den Boden für eine spätere Krebserkrankung bilden können.

So wurden bei 23.366 Personen, die ungefähr 55 Prozent der Gesamtuntersuchungen darstellen, weitere Untersuchungen veranlaßt, die in den weitaus meisten Fällen unmittelbar eine weitere Behandlung erforderten. Durch die große Zahl der Anmeldungen bei den Gesundenuntersuchungsstellen ergaben sich oft monatelange Wartezeiten. Es soll zur Abhilfe in der Zentrale des Gesundheitsamtes, wo alle notwendigen Behelfe vorhanden sind ein zweites Untersuchungsteam eingeschaltet werden.

Die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt wird im Jahre 1959 noch zahlreiche Untersuchungen zur Kontrolle der Funktion des Großraumspiechers Neusiedl durchführen. Außerdem soll die Grundwassererschließung in der Schwarzlackenu und in der Freudenau untersucht werden sowie der Ausbau des Pumpwerkes Nußdorf. Eine Neuerung des kommenden Jahres wird die Einrichtung eines Laboratoriums für die Prüfung unseres Trinkwassers auf den jeweiligen Gehalt an radioaktiven Stoffen sein. Der praktische Wert der Meßstelle liegt darin, daß durch diese sobald als möglich ein gefährlicher Gehalt an radioaktiven Substanzen in unserem Trinkwasser festgestellt werden kann und das verseuchte Pumpwerk oder eine der beiden Hochquellenleitungen eine Zeit lang von der Versorgung ausgeschaltet werden kann. In anderen Großstädten sind ähnliche Einrichtungen bereits in Betrieb.

Die Säuglingssterblichkeit in Wien, bezeichnet der Referent als noch immer verhältnismäßig hoch. Sie beträgt auch in diesem Jahre in Wien 4.7 Prozent, wogegen zum Vergleich z.B. die Säuglingssterblichkeit von Oslo mit 1.4 Prozent von London mit 2.1 Prozent und Hamburg von 2.9 Prozent angeführt wird.

Diese hohe Säuglingssterblichkeitsziffer ist vor allem auf die große Zahl der auftretenden Frühgeburten zurückzuführen. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, die derzeit in Wien bestehende Schwangerenfürsorge besonders auszubauen und zu intensivieren. Denn nur durch eine auf einer breiten Basis aufgebauten Schwangerenfürsorge ist es möglich, die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge herabzudrücken. Es wurde vorerst beschlossen, fünf Untersuchungsstellen für werdende Mütter in verschiedenen Bezirken Wiens mit einer Zentralstelle im Hauptgesundheitsamt zu errichten. Werdende Mütter sollen am Beginn ihrer Schwangerschaft ein "Schwangerenbuch" erhalten, in welchem die erforderlichen Untersuchungen von den Ärzten bestätigt werden sollen. Auftretende Erkrankungen sollen dadurch rechtzeitig erkannt und behandelt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Situation im Nachwuchs an diplomierten Pflegekräften hat sich etwas gebessert. Diese erfreuliche Entwicklung wird vielleicht noch durch die Einführung eines zweijährigen Lehrganges für Vorschülerinnen verstärkt werden. Es müßte daran gedacht werden, eine weitere Pflegerinnenschule eventuell im Franz Josefs-Spital zur Heranbildung von diplomierten Krankenschwestern zu errichten.

Vizebürgermeister Weinberger spricht abschließend die Hoffnung aus, daß es ihm gelungen ist nachzuweisen, wie viel im ablaufenden Jahr im Wiener Gesundheitswesen geleistet wurde. Die Ansätze des kommenden Jahres seien ebenfalls bedeutungsvoll und erfreulich. Er dankt allen Beamten, Angestellten und Arbeitern seiner Gruppe, den Mitgliedern seines Ausschusses, besonders aber Obersenatsrat Dr. Schwarzl. (Allgemeiner Beifall.) Dank und Anerkennung gilt in besonderer Weise auch der aufopfernden Tätigkeit der Ärzte und Schwestern. Für das kommende Jahr erhofft er sich die gleiche sachliche und loyale Mitarbeit aller. (Beifall bei der ÖVP.)

./.

Debatte über Gesundheitswesen

GR. Maller (VO) stellt fest, daß es in dieser Geschäftsgruppe um das höchste Gut des Menschen, nämlich um seine Gesundheit geht. Er erachte es daher als notwendig, einige Mängel, die bereits als chronische Krankheiten bezeichnet werden können, auch heuer wieder aufzuzeigen. In erster Linie besteht noch immer das Problem der Bettennot in den Spitälern. Auf diesem Gebiete hat sich während der letzten Jahre keine entscheidende Verbesserung ergeben. Menschen mit lebensgefährlichen Erkrankungen können nicht rechtzeitig in die Spitäler aufgenommen werden. Der Redner verweist auf den Fall eines Familienvaters, der sterben mußte, weil nicht rechtzeitig ein Spitalbett zur Verfügung stand. Sicherlich wird es auch bei ausreichender Bettenzahl Engpässe geben. Der Stand von 16 Betten auf 1.000 Einwohner sei aber unzureichend. Außerdem sind hier die Betten in den Irrenanstalten usw. mitgezählt. Selbst die Rettung hat bei der Unterbringung von chirurgischen Fällen große Schwierigkeiten. Baldige Abhilfe wäre dringend nötig.

Der Redner spricht dann über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und fragt Vizebürgermeister Weinberger, wann er die Baupläne vorlegen werde. Die größten Optimisten rechnen mit einer Bauzeit von zehn Jahren. Dabei wird die Bettennot durch den Neubau nicht gemildert werden können.

Ein noch größeres Problem sei der Mangel an qualifiziertem Personal in den Spitälern, an Schwestern, technischen Assistentinnen, Röntgenassistentinnen, Fürsorgerinnen usw. Der Redner verlangt eine großzügige Reform der Ausbildung, der Arbeitszeitregelung und der Bezahlung. Er stellt einen analogen Antrag wie in der Personaldebatte, allen jungen Frauen, die sich zu Krankenschwestern ausbilden lassen wollen, durch großzügige Stipendien zu unterstützen.

GR. Maller nimmt dann zu verschiedenen Sparten des städtischen Gesundheitsdienstes kritisch Stellung, verlangt eine bessere Koordinierung im Gesundheitswesen, eine Vermehrung der Gesundheitsuntersuchungsstellen, eine bessere psychologische Vorbereitung für die nächste Kinderlähmungsimpfaktion und einen verstärkten Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit.

Bei den Altersheimen erneuert der Redner den Appell seiner Fraktionskollegin, das Heim in St. Andrä aufzulösen. Er stellt ferner einen Antrag auf Erhöhung des Taschengeldes für die Pfleglinge der städtischen Altersheime.

Abschließend bemerkt GR. Maller, seine Fraktion sei der Meinung, daß der Gesundheitsdienst in Wien nicht klaglos funktioniert. Diese Politik könne er nicht gutheißen, und seine Fraktion werde nicht für die Ansätze dieses Hauptstückes stimmen. (StR. Lakowitsch (ÖVP): Das ist aber schade!)

GR. Dr. Eberle (ÖVP) wies zunächst die Auffassung des GR. Maller zurück, daß die Rettungsärzte unter Druck gestellt würden, möglichst wenig Patienten in Spitäler einzuweisen, und erklärte, daß sich dies kein einziger Arzt gefallen ließe, weil es mit seinem Gewissen unvereinbar ist.

Er erinnerte weiter daran, daß Vizobürgermeister Weinberger seit 13 Jahren Amtsführender Stadtrat für das Wiener Gesundheitswesen ist und damit am längsten dieses Amt verwaltet. Wir dürfen stolz sein, sagte er, daß es ihm nach den fürchterlichen Zerstörungen gelungen ist, so vieles zu schaffen. Wir können ihm zu diesem Erfolg gratulieren.

Der Redner begrüßte dann den Ausbau des Krankenhauses in Floridsdorf und des Franz Josef-Spitals, das jeden Vergleich mit Krankenhäusern in Westeuropa oder in Deutschland aushält, und sprach die Hoffnung aus, daß es im nächsten Jahr möglich sein werde, den ersten Spatenstich zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses zu tun. Die Ärzteschaft würde wegen der starken Zunahme der Verkehrsunfälle die Errichtung einer dritten Unfallstation im Franz Josef-Spital wünschen. Ein weiterer Wunsch geht dahin, den Wiener Tuberkulosen-Heilstätten, die sonst führend sind, die gleiche Verköstigungstangente wie den übrigen Tuberkuloseheilstätten zu geben.

Das Arztproblem könnte man bei gutem Willen lösen. Man mache die Gastärzte zu Sekundärärzten, dann bestünde wieder unsere alte berühmte Ordnung, und wir könnten damit die Frage der Ärztenot lösen. Zur Lösung dieses Problems würde auch die Pragmatisierung mehrerer Ärzte und die Schaffung von mehr Posten für Anstaltsärzte beitragen.

Er dankt dafür, daß die Verhandlungen wegen der Spitalsärzte in diesem Jahr einen positiven Erfolg hatten. Bedauern müsse er nur, daß es vorher immer irgend welcher Drohungen bedarf. (Stadtrat Riemer: *Wir haben es bedauert, daß es zu einem Streik kommen mußte!*) Das war kein Streik! Es war eine gewisse passive Resistenz. Wir wissen, daß wir in unserem Gewissen verpflichtet sind, keinem Patienten zu Schaden kommen zu lassen, und das ist auch in diesem Fall nicht geschehen.

Die Schwesternfrage sei noch immer nicht gelöst. Wir befinden uns da in einem richtigen Circulus vitiosus, aus dem wir nicht herauskommen, bevor wir nicht die materiellen Fragen lösen. Dazu gehören mehr Gehalt, bessere Wohnmöglichkeiten und vor allem mehr Bedienungspersonal.

Die Medizin hat es ermöglicht, daß die Menschen länger leben. Man kann sie aber nicht einfach nur in Altersheime sperren. Hier wird der Ruf laut nach dem Facharzt für Alterskrankheiten oder nach eigenen Alterskrankenhäusern, Alterskrankheitsabteilungen in den einzelnen Krankenhäusern.

Die Säuglingssterblichkeit ist bei uns nicht mehr schlimm. Dagegen ist die Frühgeburtensterblichkeit sehr groß. Im nächsten Jahr werden fünf neue Schwangerenberatungsstellen eröffnet. Wir dürfen aber nicht ruhen, bevor wir nicht in jedem Wiener Bezirk eine eigene Schwangerenberatungsstelle besitzen. Weiter könnte durch ein Team, bestehend aus Frauenarzt, Internist, Kinderarzt und Fürsorgerin, Großartiges geleistet werden, damit wir nicht nur alte Leute, sondern auch sehr viele junge Menschen haben. (Beifall bei der ÖVP.) Durch die Zusammenarbeit des Teams könnten der werdenden Mutter sehr viele Sorgen abgenommen werden, die mitunter zu Frühgeburten führen. Sehr stark nimmt die angeborene Hüftverrenkung zu, die aber durch eine einfache Methode, durch das Anlegen einer Spreiztasche, behandelt werden kann. Es wäre daher angezeigt, wenn diese Hüftgelenksverrenkung festgestellt ist, dem Säuglingspaket eine solche Spreiztasche beizulegen. Leider huldigen auch die Frauen viel mehr dem Laster Alkohol. Die Heilung von Tuberkulosekranken wird oftmals durch den Alkohol vereitelt.

Man sollte daher die Schnapsbuden vor den Krankenhäusern und vor Tuberkuloseheilstätten sperren. Einen schwer Berauschten sollte man nicht in die Wachtube führen, sondern in das Krankenhaus, weil er vergiftet ist. Wenn man den Betreffenden nach dem ersten Rausch ärztlich behandelt, könnte man wahrscheinlich auch verhindern, daß er chronischer Alkoholiker wird. Um den Trinkerheilstätten das Odium zu nehmen, sollte man sie als Krankenhäuser bezeichnen.

Der Redner kommt sodann auf die große Wichtigkeit der verschiedenen Schutzimpfungen zu sprechen. Neben allen bereits bestehenden Impfungen müßte besonderes Augenmerk der Impfung gegen die Kinderlähmung zugewendet werden. Die Einführung dieser Impfung ist den Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger zu danken. (Beifall bei der ÖVP.) Verschiedene Gemeinden, die diese Impfungen nicht durchführten, haben es bitter bereut. Es müßten alle dazu beitragen, diese Impfung populär zu machen. Zu einer vollständigen Durchimpfung sind drei Einspritzungen notwendig. Die zweite soll ein Monat nach der ersten vorgenommen werden, die dritte nach einem halben Jahr. Sind diese drei Einspritzungen durchgeführt, ist ein vollständiger Schutz gewährleistet. Nach drei Jahren muß eine weitere Spritze verabreicht werden, die wiederum auf drei Jahre reicht. Die Kinderlähmungsimpfung ist die segensreichste, die es bisher überhaupt gab. Die verschiedenen Impfstoffe sind alle gleich gut, der österreichische ebenso wie die ausländischen. Der Redner ersucht daher, auch diesen österreichischen Impfstoff bei uns zu verwenden. Ins Ausland wird er bereits exportiert. In erster Linie sollen Kinder zwischen zwei und sieben Jahren geimpft werden, dann die Sieben- bis Elfjährigen. Wenn alle Kinder geimpft sind, wird auch die Ansteckungsgefahr für die Erwachsenen geringer sein. Die Millionen, die man im Kampfe gegen die Kinderlähmung aufwendet, werden vielen Menschen das Leben erhalten oder sie vor Krüppeltum bewahren. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Pfoch (SPÖ) stellt fest, daß die hohe Summe, die im Budget für den Sektor des Gesundheitswesens eingesetzt ist, dazu beitragen wird, die Leiden der Bevölkerung mildern zu helfen. Die Stadtverwaltung kann sich nicht damit begnügen, bei besonders

festlichen Anlässen Glück und Gesundheit zu wünschen. Sie muß vielmehr bemüht sein, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung, wenn sie von Krankheit bedroht ist, raschest und bestens Hilfe bekommt. Diese Milliarde, die die Stadtverwaltung für das Gesundheitswesen aufwendet, könnte ohne die Hilfe der Wissenschaftler, Ärzte und Schwestern überhaupt nicht wirksam werden.

Der Redner kommt sodann auf die Bettennot zu sprechen. Er stellt fest, daß von den 74.000 Anstaltsbetten in Österreich, 26.000 in Wien sind. Das heißt, daß Wien, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, über ungleich mehr Betten verfügt, als die anderen Bundesländer. Das soll aber nicht heißen, daß man sich mit dieser Bettenzahl zufrieden geben wird. Es ist zu hoffen, daß mit den 500 Betten, die im Wilhelminenspital neu dazu kommen, wenigstens vorübergehend eine Besserung eintreten wird. Wien besitzt derzeit zwanzig Spitäler aller Größenordnungen. Es wäre vielleicht zweckmäßig eine Bettenzentrale einzurichten, die nach einer Warteliste eine gerechte Einweisung in die Spitäler ermöglichen soll. Der Redner verweist darauf, daß 15 bis 20 Prozent der in Wiener Spitäler liegenden Patienten Nichtwiener sind. Wien könnte gar nicht so viele Betten herstellen, daß sie nicht aus den anderen Bundesländern belegt werden würden. Man anerkenne selbstverständlich die Notwendigkeit hier zu helfen, wo es geht, das Problem des Bettenmangels wird durch den Belag von außen aber nie hundertprozentig gelöst werden können. Eine Statistik weist nach, daß jeder achte Wiener drei Wochen jährlich Spitalspatient ist, bzw. jeder Wiener zweieinhalb Tage jährlich im Spital verbringt.

Der Redner kommt sodann auf das Problem des Schwesternnachwuchses zu sprechen. Derzeit stehen 600 Pflegeschülerinnen in Ausbildung. Nach längeren Vorarbeiten ist nun ein ziemlich ausgereifter Vorschlag vorhanden, nach dem die Pflegeschülerinnen bereits mit dem 15. Lebensjahr zur Vorschulung aufgenommen werden können. Es ist dies sehr zu begrüßen, da die Mädchen, die jetzt bis zum 18. Lebensjahr auf die Aufnahme in die Schwesternschulen warten mußten, in der Zwischenzeit meist einen anderen Beruf ergriffen haben.

Erfreulich seien eine Reihe von baulichen Maßnahmen des kommenden Jahres, die ausschließlich dem Pflegepersonal zugute kommen sollen. In Hand einer Statistik verweist der Redner auf den ständig steigenden Aufwand der Spitäler. Burden 1952 auf dem Spitalssektor für den Personalaufwand 190 Millionen ausgegeben, werden es 1959 bereits 360 Millionen sein. Während der Bund bis zum Jahre 1938 für die Fondskrankenanstalten nahezu zur Gänze aufgekommen ist, sind seit der Kriegszeit die Fondskrankenanstalten der Gemeinde aufgelastet worden. Früher hat der Bund drei Achtel der Kosten getragen, weitere drei Achtel das Land und zwei Achtel die Gemeinde. Heute zahlt der Bund jedoch nur mehr eineinhalb Achtel. Der Abgang für unsere Verwaltung ist dadurch erheblich.

Alarmierend ist der Anstieg der Kosten für Medikamente. Burden 1952 hierfür 34,5 Millionen ausgegeben, werden es 1959 57 Millionen Schilling sein. Für die Verpflegung eines Spitalspatienten werden täglich 12 Schilling ausgegeben.

Zur Frage der Tbc-Kranken ist zu sagen, daß hier die Volkspartei, abgesehen vom Gesundheitssektor, viel leisten könnte. Kommt zum Beispiel ein Tbc-Kranker, der mit seiner Frau eine Zimmer-Küche-Wohnung im dritten Stock bewohnt und dessen Frau einen doppelseitigen Pneu hat und keine Stiegen steigen kann, zur Stadtverwaltung und ersucht um Zuweisung einer Gemeindefwohnung, kann man ihm diese Bitte oft nicht erfüllen. Seine Privatwohnung, die ihm vollkommen genügen würde, wenn er gesund wäre, ginge dann nämlich verloren, weil die Gemeindeverwaltung über diese Wohnungen nicht verfügen kann. Was sie jedoch auf dem Sektor der Berücksichtigung der Tbc-Kranken tun kann, mache sie ohne dies. Ein Appell der Frau Gemeinderätin Hiltl an die Hausbesitzer hat hier leider absolut nichts geholfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Redner richtet die Frage an Vizebürgermeister Weinberger, wie sich die Fluorbehandlung der Kinder in den Zahnkassen bewährt hat.

In Hand von Zahlen weist der Redner nach, daß die Forderung des GR. Dr. Fiedler, daß die Krankenkassen mehr für die Spitalsaufenthalte beitragen müßten, unerfüllbar sei. Den Krankenkassen sind während des Krieges und in der Nachkriegszeit Lasten über-

tragen worden, die weit über ihre Möglichkeiten hinausgehen. Sie haben 245.000 krankenversicherte Rentner zu versorgen und 15.000 Kriegshinterbliebene.

Der Redner stellt eine Anfrage an Vizebürgermeister Weinberger, wieviele zur Benützung durch die Patienten bestimmte Bücherreien in den städtischen Krankenanstalten vorhanden sind und in welchen Anstalten. In der Anfrage wird ferner gefragt, durch wen die Bücherreien betreut werden und welches Verhältnis zwischen Bettenzahl und Bücherbestand besteht. Eine zweite Anfrage an den Referenten will wissen, ob man die Anschaffung von Mikrofilmgeräten und Geräten zum Umblättern von Büchern erwägt, die den völlig hilflosen Patienten zur Verfügung gestellt werden können.

In der Frage der Gastärzte darf angenommen werden, daß ein rasches Vorrücken der Ärzte auf die systemisierten Posten erfolgen wird und damit dieses Problem in Kürze nicht mehr besteht.

Wenn beim Allgemeinen Krankenhaus Kritik daran geübt wurde, daß ein Ausländer das Funktionsprogramm aufgestellt hat, so entgegnete der Redner, daß es sich hier um einen hervorragenden Fachmann handle.

Er sei nicht der Meinung, daß man von einem Alkoholismus der Jugend sprechen könne. In den breitesten Kreisen der Jugendlichen kann man vielmehr ein Fernhalten vom Alkohol konstatieren. Wenn Verlockungen erfolgen, dann durch die ältere Generation. Der Redner wendet sich auch gegen die Alkoholreklame, besonders im Rundfunk. (GR. Schwaiger(ÖVP): In Stadion hängt man Stadtbräu-Reklamen auf!)

Bei der Besprechung der Lehrlingsheime fragt der Redner, ob die zwei Heime in Jugoslawien, die die Stadt Wien dort besitzt, zurückgegeben werden und wenn nicht, ob die Stadt eine Entschädigung bekommen wird.

Für die Lehrlinge wäre die Schaffung eines Gesellenheimes notwendig, das die jungen Leute nach Verlassen der Lehrlingsheime aufnehmen kann. (GR. Schwaiger (ÖVP): Warum hat es ihre Fraktion abgelehnt, das Brigittaspital in ein Gesellenheim umzubauen?) GR. Pfoch antwortet dem Zwischenrufer, daß man nicht eine Notwendigkeit mit der anderen erschlagen dürfe. Er sei froh, daß dort die Einrichtung einer Tagesheimschule geschaffen wird.

Abschließend meint GR. Pfoch, wenn in der Generaldebatte der ÖVP-Redner von "New look" gesprochen habe und vom "Über Bord werfen von Grundsätzen", so könne er darauf sagen, daß die Sozialisten wenigstens Grundsätze haben, die sie über Bord werfen können. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. Gegenrufe bei der ÖVP.)

Der Vorsitzende GR. Marek ersucht den Gemeinderat - es ist inzwischen 19.50 Uhr geworden - um die Zustimmung, die Debatte über die Gruppe V abschließen zu dürfen.

Als nächster Redner ergreift hierauf GR. Schmied (ÖVP) das Wort. Er spricht zunächst über die Erziehungsheime und begrüßt die Wiederherstellungsarbeiten in Eggenburg. Er kritisiert jedoch den Bau des Schweinestalls, der als "Schweinesanatorium" bezeichnet wird. Es wäre wichtiger, die Räume für die Zöglinge zu verbessern.

Das Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun habe eine große Bedeutung bekommen und ist ständig überbelegt. Umso wichtiger wäre es, die bereits geplanten Zubauten im kommenden Jahr in Angriff zu nehmen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Wenn GR. Pfoch von der notwendigen Schaffung eines Gesellenheimes gesprochen habe, so sei dies eine schon seit Jahren bestehende Forderung der ÖVP-Fraktion. Vizebürgermeister Honay habe auch einmal zugesagt, daß eine Schule in ein Gesellenheim umgewandelt werden würde. Leider wurde dieser Plan bis heute nicht verwirklicht.

Beim Erziehungspersonal bestehe ein ähnlicher Mangel wie bei den Krankenschwestern. Auch hier wird es notwendig sein, einen größeren Anreiz für diesen Beruf zu schaffen. Die Einstellung von Hausarbeitern als Hilfsaufseher müsse er jedoch aus pädagogischen Gründen ablehnen.

Zu den Obdachlosenheimen bemerkt der Redner, man sollte doch wenigstens darnach trachten, die Familien mit Kindern sobald wie möglich in Gemeindewohnungen einzuweisen.

Abschließend erklärt der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe Gesundheitswesen.

In seinem Schlußwort behandelte Vizebürgermeister Weinberger eine Reihe der in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Anregungen. Er hob hervor, daß es um die Gesundheitsverwaltung in Wien viel besser steht als in anderen Städten. Die von GR. Haller geforderte allgemeine Krebsuntersuchung der Spitalspatienten konnte wegen der ablehnenden Haltung der Ärzte nicht eingeführt werden. Die Kinderlähmungs-Impfaktion wird in verstärktem Maße fortgeführt werden.

Viele neue Medikamente sind ein Glück für die Menschheit. Sicherlich wäre aber dieser starke Medikamentenverbrauch nicht nötig. Freilich ist es sehr schwer, in Wien einem Patienten etwas zu verweigern, wovon er gehört hat, daß es wirksam ist.

GR. Pfoch soll doch nicht glauben, daß ich ernstlich etwas dagegen hätte, die Tbc auch auf den Wohnungssektor zu bekämpfen. Da nun im Parlament auf dem Gebiet des Wohnungswesens von beiden Seiten Anträge eingebracht wurden, ist zu hoffen, daß es bald gelingt, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Zu dem Problem Krankenkasse - Spital sind die Meinungen in beiden Lagern sehr geteilt. Auch die Krankenkassen sollten einiges zu verbessern, einiges zu ersparen versuchen. Darüber, daß die Krankenkassen zu wenig zahlen, sei er mit Stadtrat Slavik durchaus einer Meinung. Wir werden uns gemeinsam bemühen, von den Krankenkassen etwas mehr für die Spitalsbehandlung zu bekommen.

Vizebürgermeister Weinberger stellt fest, daß er die Ausführungen des GR. Dr. Eberle voll unterstreiche. Er hat als Arzt auch viele wertvolle Ergänzungen zum Hauptreferat geben können. Der Referent könne so wie Dr. Eberle nur bedauern, daß die Ausarbeitung der Raum- und Funktionspläne für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses so lange gedauert habe. Er hoffe, daß es nun endlich mit dem Bau ernst wird. Was Primarius Eberle bezüglich der Unfallstation sagte, kann man gleichfalls nur bestätigen. Es ist zu hoffen, daß die Lösung dieses Problems im kommenden Jahr wenigstens in Angriff genommen werden kann. Die Einstellung der Stationshilfen werde sich erst in einiger Zeit bemerkbar machen. Bedauerlicherweise wollen verschiedentlich bereits Schwestern als Stationshilfen arbeiten, weil sie dann keinen Sonntags- und Nachtdienst machen müssen.

Den Vorschlag, Alkoholiker in den Krankenhäusern unterzubringen, könne er schon aus Gründen des Bettenmangels nicht begrüßen. Zur Popularisierung der Kinderlähmungsimpfung werden bessere und wirkungsvollere Plakate ausgearbeitet werden.

Die Ausführungen des GR. Schmied könne man gleichfalls nur begrüßen. Es ist richtig, daß unsere Heime vielfach veraltet und nur beschränkt verwendbar sind.

Vizebürgermeister Weinberger dankt abschließend allen, die auch dieses Jahr objektiv, sachlich und positiv zu dieser Geschäftsgruppe Stellung genommen haben. Daß unser Gesundheitswesen einen guten Ruf hat, beweist die Tatsache, daß immer mehr ausländische Ärzte nach Wien kommen, um hier zu lernen und daß auch Patienten aus allen Ländern der Welt nach Wien kommen, um hier behandelt und geheilt zu werden. Der Vizebürgermeister ersucht zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt dem Kapitel Gesundheitswesen die Zustimmung zu geben.

Die Ansätze des V. Hauptstückes werden bei der Abstimmung gegen die Stimmen der VO angenommen. Die beiden Beschlußanträge der VO wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

Der Beschlußantrag des GR. Schmied (ÖVP) wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß V zugewiesen.

Die beiden Anfragen des GR. Pfoch (SPÖ) wurden einstimmig dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe V übermittelt.

Präsident Marek unterbricht um 20.45 Uhr die Sitzung. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien werden morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, mit der Geschäftsgruppe VI, fortgesetzt. Referent Stadtrat Heller.

- - -